

Ein Rückblick auf die Geschichte der deutschen Gewerkschaften

Historischer Prolog

DIE STRUKTURGEWINNER DES INDUSTRIEZEITALTERS: DEUTSCHE GEWERKSCHAFTEN VOR DEM ERSTEN WELTKRIEG

Die Geburtsstunde der deutschen Gewerkschaften ist eng mit dem Beginn industrieller Produktion verbunden. Die Industrialisierung bedeutete einen heftigen Bruch mit Vorherigem, sie war eine epochale Zäsur in der deutschen Geschichte. Zwischen 1800 und 1875 entstand die Lohnarbeiterschaft als neuer Typus in der Gesellschaft.¹ Die Überbleibsel der feudalen Verhältnisse verschwanden allmählich, die Betriebe wurden größer und ersetzten menschliche durch mechanische Arbeitskraft. Unternehmer kauften nun menschliches Arbeitsvermögen – eine fiktive Ware, da vorab nie mit völliger Gewissheit voraussehbar war, in welchem Ausmaß der Arbeiter seine Arbeitskraft tatsächlich zur Verfügung stellen und inwieweit menschliches Versagen deren Güte mindern würde.² Unzählige Handwerksmeister konnten unter diesen Bedingungen ihre Selbstständigkeit nicht mehr aufrechterhalten und verarmten, die Gesellen zogen in die Städte und such-

1 Vgl. dazu Kocka, Jürgen: Arbeitsverhältnisse und Arbeiterexistenzen. Grundlagen der Klassenbildung im 19. Jahrhundert, Bonn 1990, S. 508-525.

2 Zur Warenfiktion vgl. Berger, Johannes/Offe, Claus: Die Zukunft des Arbeitsmarktes, in: Offe, Claus (Hg.): „Arbeitsgesellschaft“. Strukturprobleme und Zukunftsperspektiven, Frankfurt am Main/New York 1984, S. 87-117, hier S. 91 f.

ten sich in Fabriken neue Jobs.³ Allgemein fanden die Menschen nicht mehr überwiegend in der Landwirtschaft Arbeit, sondern in Fabriken und Bergwerken.

Die Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen in Deutschland zum Ende des 19. Jahrhunderts sind mit denen des angebrochenen 21. Jahrhunderts kaum zu vergleichen. Die Unterschiede zwischen den damaligen Bevölkerungsgruppen waren um etliches größer, als dies heute – selbst unter Berücksichtigung der kontroversen Hartz-Gesetzgebung – der Fall ist. „Innerhalb einer historisch extrem kurzen Zeit, während der Lebensspanne einer Generation“, so der Historiker Andreas Wirsching, „entstand eine Vielzahl neuer, vormals unbekannter kultureller und sozialer Antagonismen“.⁴ Es war eine Übergangsphase, in der sich die deutsche Wirtschaft wie auch das Leben der Menschen grundlegend veränderten. In ihr vollzog sich die Metamorphose von einer Agrar- in die Industriegesellschaft.

Die landwirtschaftlich genutzten Flächen verteilten sich nunmehr auf wenige Großgrundbesitzer, die mit ihren Produkten die deutsche Bevölkerung ernährten und auch ins Ausland exportierten.⁵ Golo Mann spricht von der „großen Veränderung, die aus einem Volk von Bauern ein Volk von Arbeitern und Angestellten machte“⁶; lebten um 1830 in Deutschland vier Fünftel der Menschen auf dem Land, so war es 1895 gerade noch ein Fünftel.⁷ Besaßen die Menschen ganz oft noch eigenen Boden nebst kleinem Stall, auf dem sie Grundnahrungsmittel anbauten und in dem sie eine kleine Zahl von Nutztieren hielten, und waren sie außerdem in die Solidargemeinschaft eines Dorfes und einer Großfamilie eingebettet, so hatten sie in der Stadt keinen solchen Besitz und keine soziale Sicherheit mehr, überwiegend auch keinerlei Aussicht auf selbstständige Arbeit – ganz im Unterschied zur Landbevölkerung, der sie häufig selbst einmal angehört hatten.⁸ Im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts nahm die Zahl der Menschen, die noch

-
- 3 Vgl. Tennstedt, Florian: Sozialgeschichte der Sozialpolitik in Deutschland, Göttingen 1981, S. 13-77, hier S. 33-39.
 - 4 Wirsching, Andreas: Die Weimarer Republik. Politik und Gesellschaft, München 2010, S. 24.
 - 5 Vgl. dazu Wehler, Hans-Ulrich: Das Deutsche Kaiserreich. 1871-1918, Göttingen 1994, S. 21 f.
 - 6 Mann, Golo: Deutsche Geschichte des 19. und 21. Jahrhunderts, Frankfurt am Main 2009 [1958], S. 398.
 - 7 Vgl. ebd., S. 401.
 - 8 Vgl. Ritter, Gerhard A./Tenfelde, Klaus: Arbeiter im Deutschen Kaiserreich 1871 bis 1914, Bonn 1992, S. 816; Ritter, Gerhard A.: Sozialversicherung in Deutschland und England. Entstehung und Grundzüge im Vergleich, München 1983, S. 10.

standhaft versuchten, sich mit subsistenzwirtschaftlichem Besitz der Abhängigkeit von Lohnarbeit zu entziehen, drastisch ab.⁹ Die industrialisierte Bevölkerung baute kein Gemüse mehr an und ernährte sich auch nicht mehr von selbstgehaltenen Schweinen, Hühnern oder Ziegen.

Bei ihnen handelte es sich um eine Zwischengeneration, die in die alten Verhältnisse hineingeboren worden war und in den neuen verstarb. Erst in den 1890er Jahren gelangten die ersten Arbeiterkohorten auf den Arbeitsmarkt, die gar nichts anderes mehr kannten als die mechanisierte Industrieproduktion, die nicht mehr wie noch viele ihrer Väter und Mütter selbst auf dem Acker gestanden hatten. Und die Zahl der Zeitgenossen der Industrialisierung erhöhte sich rasant: Im 19. Jahrhundert wuchs die deutsche Bevölkerung außerordentlich stark, jedes Jahr zumeist um ein Prozent.¹⁰ Es begann ein Zug in die Städte, ein rasanten Wachstum urbaner Räume – wenngleich dieser Vorgang mehrere Jahrzehnte andauerte.¹¹ Die deutsche Wirtschaft boomte: Der Maschinenbau und die Eisenproduktion vergrößerten sich explosionsartig, das Liniennetz der Eisenbahn – ein „entscheidend wichtiger Leitsektor der Industrialisierung“¹² – dehnte sich allein zwischen 1850 und 1860 von 6000 auf 11.500 Kilometer aus.

In den Städten aber fehlten die Solidarität einer mehrere Generationen umfassenden Großfamilie und der einträchtige Zusammenhalt des Dorfs. Krankheit, Invalidität oder Alter stellten für einen Menschen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts bedrohliche Probleme dar. Sie bedeuteten Verdienstausschlag und konnten einen Haushalt vollständig verarmen lassen – eine Sozialversicherung gab es noch nicht. Diese schuf erst Otto v. Bismarck – dabei stark von sozialkatholischen Prinzipien beeinflusst –, der mit seiner sozialpolitischen Initiative im Verlauf der 1870er und 1880er Jahre ein System sozialer Sicherung aufbaute, das in anderen Ländern Aufsehen erregte und dort lange Zeit als Vorbild diente. Erst mit dem Triplet aus Kranken-, Unfall- und Rentenversicherung war der Arbeiter des wilhelminischen Deutschlands vor den Risiken des Erwerbslebens einigermaßen geschützt. Die Reichsregierung bekämpfte den Zusammenschluss der Arbeiterklasse in Gewerkschaften und Parteien, aber sie betrieb daneben eine

9 Vgl. ebd., S. 604-607.

10 Vgl. Tenfelde, Klaus: Die Entstehung der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Vom Vormärz bis zum Ende des Sozialistengesetzes, in: ders. et al. (Hg.): Geschichte der deutschen Gewerkschaften. Von den Anfängen bis 1945, Köln 1987, S. 15-165, hier S. 61 f.

11 Vgl. Sachße, Christoph/Tennstedt, Florian: Fürsorge und Wohlfahrtspflege. 1871-1929, Stuttgart u.a. 1988, S. 15.

12 Wehler 1994, S. 26.

bemerkenswert fortschrittliche Sozialpolitik, um die Bürger an den jungen Staat und sein Oberhaupt zu binden. Allerdings gewährte dies den Arbeitern noch lange keine gesicherte und komfortable Existenz. Die Bismarck'sche Sozialgesetzgebung mochte die sozialen Gegensätze zwar entschärft haben, doch blieb die Ungleichheit innerhalb der Bevölkerung nach wie vor groß. Mit einem Wort: Die Entstehung von Metropolen und Industriefabriken, die großflächige Ausbreitung von abhängiger Beschäftigung im Industrieboom, der Lohnarbeit also – das waren die Bedingungen, unter denen Gewerkschaften entstanden und gediehen.

Organisation der Bedrängten und Entwurzelten: Politik, Leistungen und Mitgliedschaft

Im deutschen Kaiserreich waren die meisten Mitglieder der Gewerkschaften gelernte Arbeiter. Sie bildeten gewissermaßen die proletarische Elite: Sie hatten eine Lehre abgeschlossen, waren sich eines nicht allzu niedrigen Status bewusst und schöpften aus ihrem Beruf erbaulichen Selbstwert.¹³ Sie hatten zwar nicht viel Geld und Besitz, gehörten aber auch nicht zu den Armen. Die Mitgliedschaft einer Gewerkschaft dieser Zeit war in sich weitgehend gleichförmig. Vor allem lag das an dem Berufsprinzip, nach dem sich die meisten Gewerkschaften organisierten. So gab es zu einigen Berufen eine eigene Interessenvertretung, wohingegen in der Bundesrepublik einzelne Gewerkschaften eine ganze Branche mit unterschiedlichen Berufen erfassten. In der Gründungszeit der Gewerkschaften war diese Rekrutierungslogik jedoch von Vorteil. Denn die Arbeiter waren stolz auf ihren Beruf und schlossen sich daher bevorzugt mit Ihresgleichen zusammen.

Neben der berufsständischen Identität machten die gelernten Arbeiter ähnliche Erfahrungen mit der industriellen Modernisierung. Sie erlebten das Aufblühen großer Industriekomplexe und betrauerten den Niedergang kleiner Manufakturen und Handwerksbetriebe. Darüber hinaus trieben Streiks eine wachsende Zahl von Arbeitern in die Gewerkschaften. Während Arbeitskämpfen erkannten sie Sinn und Wert des solidarischen Zusammenschlusses und der stellvertretenden Aushandlung von Löhnen und Arbeitszeiten. In der Gemeinschaft waren sie stark; im organisierten Zusammenschluss konnten sie ein ansonsten unerreichbares Drohpotenzial entfalten und mit eigenständigen Kassen ihre kostspielige Konfrontation mit den Arbeitgebern finanzieren. Von dort bezogen sie ihr

13 Vgl. hier und im Folgenden Schönhoven, Klaus: Geschichte der deutschen Gewerkschaften: Phasen und Probleme, in: Schroeder, Wolfgang/Weßels, Bernhard (Hg.): Die Gewerkschaften in Politik und Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch, Wiesbaden 2003, S. 40-64, hier S. 45 ff.

Selbstbewusstsein, „nicht nur ein Haufen von einzelnen zu sein, sondern mit Gleichgesinnten in einer Gemeinschaft zu stehen, die angetreten ist, um diese Welt besser werden zu lassen“¹⁴. Auch das stärkte die Solidaritätsbereitschaft und das Klassenbewusstsein. Und durch den rüden Umgang, den Staat und Arbeitgeber mit den Arbeitern und Gewerkschaftern pflegten, verstärkte sich dieses Zusammengehörigkeitsgefühl im Verlauf der folgenden Jahre nochmals, sodass die Grenzen zwischen den Berufsgruppen langsam verwischten.

Streiks unzufriedener Handwerker erzeugten eine „Urkraft der Bewegung“ und waren „im einzelnen Falle häufig der unmittelbare Ursprung einer dauernden Vereinigung“.¹⁵ Aus ihnen gingen die ersten gewerkschaftsähnlichen Zusammenschlüsse hervor.¹⁶ Die Behörden versuchten freilich, Arbeitskämpfe mit der Staatsgewalt zu unterbinden. Das verstärkte jedoch bloß den Organisationsdrang der gut ausgebildeten Arbeiter. Der Kampf um politische Rechte, um das Recht auf Streik und Organisation, elektrisierte und bestärkte sie in ihrem Ansinnen, beförderte letztlich die Gründung von Gewerkschaften. Diese verdankte sich folglich der Unfähigkeit des Staats, die Interessen eines gut ausgebildeten Teils der erwerbstätigen Bevölkerung zu integrieren. Die Bemühungen der Behörden erreichten somit das genaue Gegenteil ihres Zwecks: 1869 räumte der Staat den Arbeitnehmern schließlich das Koalitionsrecht ein. Doch schon vorher hatten die Arbeiter Organisationen gebildet, aus denen dann Gewerkschaften hervorgingen: Zigarrenarbeiter (1865), Buchdrucker (1866) und Schneider (1867) waren die Pioniere der Arbeiterbewegung.

Heute kennt man die Gewerkschaften als Verlierer des postindustriellen Zeitalters, der Rationalisierung und Dienstleistungsgesellschaft. Doch in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts waren sie die Strukturgewinner schlechthin. Die landwirtschaftliche Beschäftigung ging proportional zum Wachstum der arbeitenden Bevölkerung beständig zurück, die industrielle hingegen stieg. Dort, wo die Gewerkschaften Mitglieder gewannen, wuchs die Beschäftigung. Diese Wachstumsbereiche waren die Elektro-, Metall- und Chemieindustrie, der Bergbau und die Baubranche; das Textilgewerbe war bereits schon zuvor groß gewesen – „Deutschland wurde zum Land der Maschinenbauer“.¹⁷ Es entstanden Produktionszentren und mit ihnen städtische Ballungsgebiete: in Sachsen, Schlesien, im Saarland und Ruhrgebiet für Erz und Kohle, Werften in den norddeutschen Küstenregionen. Kleinbetriebe, insbesondere Handwerksfirmen mit wenig Be-

14 Schmid, Carlo: *Erinnerungen*, Bern/München/Wien 1979, S. 56.

15 Richard Seidel zitiert nach Tenfelde 1987, S. 94.

16 Vgl. im Folgenden ebd., S. 93-112.

17 Für diesen Absatz vgl. ebd., S. 64-142 (Zitat S. 65).

schäftigten, schwanden: In den ersten Jahrzehnten der Reichsgründung stieg der Anteil von Großbetrieben, in denen mehr als fünfzig Personen arbeiteten, von 22,8 auf 33,5 Prozent, von Riesenbetrieben mit über 1000 Beschäftigten gar von 1,9 auf 3,3 Prozent. In dieser Zeit organisierten Gewerkschaften vor allem Handwerker in kleinen Betrieben – Schuhmacher, Zimmerleute und Buchdrucker machten um 1880 die meisten Gewerkschaftsmitglieder aus. Hochburgen waren daneben der Metallsektor und das Baugewerbe; hingegen gelang es ihnen nicht, in die Eisenhütten einzudringen; in den großen Betrieben dieser Branche empfanden die Beschäftigten kaum Berufsstolz und waren vom Arbeitgeber leicht auszuwechseln, insofern zum Gewerkschaftsbeitritt viel zu furchtsam; in den 1880er Jahren strömten zudem viele Polen in die preußischen Industrieviertel, die den Gewerkschaften zunächst fernstanden. Etwa in den 1880er Jahren war der Übergang von der Agrar- in die Industriegesellschaft abgeschlossen; nun erst begann der lange Weg in die Dienstleistungsgesellschaft. Der Handel, die Banken und der öffentliche Dienst als hauptsächliche Arbeitgeber von Angestellten waren für das Beschäftigungswachstum bis zum Ende des 19. Jahrhunderts noch nahezu bedeutungslos.

Unter diesen günstigen Umständen war der Organisationserfolg deutscher Gewerkschaften um die Jahrhundertwende schier grandios:¹⁸ Bis 1890 war die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder auf etwa 300.000 Menschen angestiegen, nachdem sie 1885 noch bei ungefähr 256.000 gelegen hatte. Bis 1913 hatte sich die Mitgliederzahl nochmals sprunghaft erhöht, die Millionengrenze deutlich überschritten und lag bei den Freien Gewerkschaften bei 2,5 Mio., bei den *Hirsch-Dunckerschen* bei 1,1 Mio. und bei den Christlichen bei 340.000; die größte Einzelgewerkschaft war dabei der *Deutsche Metallarbeiterverband* mit einer halben Million Mitgliedern. Damit verachtachte sich die Mitgliederzahl sozialdemokratischer Gewerkschaftsverbände zwischen 1890 und 1914 von 300.000 auf rund 2,5 Mio. Zwischen 1900 und 1914 wuchs die Kraft der Gewerkschaften, verwandelten sie sich von sozialbewegten Kampfverbänden in professionelle Interessenorganisationen; ihr Verwaltungsapparat vergrößerte sich fortlaufend, allerorten entstanden neue Büros und wurden Gewerkschaftshäuser gebaut.¹⁹

Dass sich die Menschen in großer und zunehmender Zahl Gewerkschaften anschlossen, lag nicht zuletzt an drückenden Arbeits- und Lebensbedingungen,

18 Vgl. Schönhoven 2003, S. 45 f.; ders.: Die Gewerkschaften als Massenbewegung im Wilhelminischen Kaiserreich 1890 bis 1918, in: Tenfelde et al. (Hg.) 1987, S. 167-278, hier S. 225 f. u. S. 228; Tenfelde 1987, S. 159 ff.

19 Vgl. Schönhoven 1987: Gewerkschaften als Massenbewegung, S. 212 f.

denen sie in dieser Zeit ausgesetzt, ja ausgeliefert waren. Von Gewerkschaften erhofften sie sich Hilfe bei existenziellen Problemen. Im Kaiserreich bewältigten die Arbeiter ihr Dasein mehr, als dass sie es genossen. Arbeit war lebensnotwendige Last und hatte kaum etwas mit Selbstverwirklichung und persönlicher Fortentwicklung zu tun.²⁰ Ende des 19. Jahrhunderts war eine Familie bereits wohl situiert, wenn sie über mehr als ein beheiztes Zimmer verfügte; nur in seltenen Fällen schlief jeder Haushaltsangehörige in einem eigenen Bett; in den Mietskasernen lebte man in Bretterverhauen und im schwachen Licht des Hinterhofs; Kochen, Essen, Wohnen spielten sich in ein und demselben Raum ab: der Küche. Enge, Lichtmangel und Feuchtigkeit verschlimmerten sich noch für jene, die den Keller oder die Mansarde als Wohnung nutzten.²¹ Das Eigentum war gering, das Mobiliar infolgedessen so spärlich, dass für Umzüge ein zweirädriger Handkarren genügte.

Solch fürchterliche Wohnverhältnisse stehen beispielhaft für die Not großer Teile der Arbeiterschaft jener Zeit und erklären z.T. auch, weshalb die Menschen so früh starben – die durchschnittliche Lebenserwartung lag um 1870 für Männer bei 35 und für Frauen bei 38 Jahren.²² Die Berufszugehörigkeit besaß einen enormen Stellenwert im Leben der Menschen, denn sie bedingte soziale Ungleichheit, war sogar dermaßen wirkmächtig, dass sie in vielen Fällen über Leben und Tod, das Ausmaß des Elends, entschied.²³ In dieser Lage konnten die Gewerkschaften bereits mit geringen Erfolgen das Leben der Menschen verbessern und als nützliche Organisationen in Erscheinung treten. Denn für in Not geratene Mitglieder unterhielten sie eigene Unterstützungskassen.

Ferner waren die Gewerkschaften Organisationen, die den Menschen emotionalen Rückhalt, ja Geborgenheit vermittelten. Viele Menschen waren von der Dampfmaschine aus ihren gewohnten Lebensverhältnissen gerissen worden, weil sich für sie auf dem Acker und in der Viehzucht zunehmend weniger Arbeit fand. Obendrein waren sie hochmobil. Mobilität mag als eine Fähigkeit und Bürde des globalisierten Arbeitsmarkts des 21. Jahrhunderts erscheinen, doch bereits die Menschen im 19. Jahrhundert waren extrem anpassungsfähig – ein Drittel der Bevölkerung wechselte häufig den Wohn- und Arbeitsort.²⁴ Ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung war im Übergang vom Agrar- ins Industriezeitalter entwurzelt und rastlos. Daraus, wie auch aus den z.T. schrecklichen Le-

20 Vgl. Ritter/Tenfelde 1992, S. 804-810.

21 Vgl. ebd., S. 585-602.

22 Vgl. Tenfelde 1987, S. 62.

23 Vgl. Ritter/Tenfelde 1992, S. 569.

24 Vgl. ebd., S. 613 f.

bens- und Arbeitsverhältnissen entstand bei vielen von ihnen ein großer Bedarf an Heilsversprechen. Und die Gewerkschaften hatten mit der Idealvorstellung einer sozialistischen Gesellschaft eine solche anzubieten. Sie sprachen ihnen Mut zu, waren eine tröstliche Medizin, um die hervorstechende Ungerechtigkeit der Gegenwart bis zur prophezeiten Erlösung durch die sozialistische Gesellschaft auszuhalten.²⁵ Überdies rechtfertigte der Glaube an eine bessere Zukunft die große Wut auf die Vorgesetzten und Arbeitgeber. Kurzum: Gewerkschaften hatten mit politischer Interessenvertretung, solidarischen Unterstützungskassen und Erlösungsutopien einiges anzubieten, was die bedrängten Arbeiter jener Zeit bereitwillig entgegennahmen.

Außerdem waren die gesellschaftlichen Verhältnisse jener Zeit statisch: „Schichtgrenzen wurden undurchlässiger und Klassengrenzen schier unüberwindlich. Wenn es Aufstieg gab, dann vollzog er sich jedenfalls eher zwischen den Generationen als in den Generationen.“²⁶ In der Gegenwart des 21. Jahrhunderts mag ein gesellschaftliches Problem darin bestehen, dass Bildungserfolge stark von der Herkunft, von der Finanzkraft des Elternhauses, abhängig sind. Doch im 19. Jahrhundert bestimmte die Bildung bei Weitem noch stärker den Lebensverlauf eines Menschen als heute – kaum ein Arbeiterkind machte Abitur. Aufstieg war ganz offensichtlich durch das politische System und die Eliten der Gesellschaft bestimmt, die sich nach unten abschirmten und Zugänge in bessere Positionen verriegelten: „Niemals zuvor, und kaum je nach dem Sozialistengesetz mochte der Staat so sehr als Klassenstaat empfunden werden wie in den 1870er und 1880er Jahren [...]“²⁷ Daher waren die Erwartungen an die Gewerkschaften auch nicht sonderlich hoch – waren diese doch selbst eine Zeitlang Verfolgte des stark aristokratischen Deutschlands von Bismarck und dem Hohenzollern’schen Königs- und Kaiserhaus. Die Gewerkschaften befanden sich in keiner starken Machtposition, die bei ihrer Klientel überschwängliche Erwartungen an die Interessenvertretung geschürt hätte. Und der Entbehrungsreichtum der Arbeiterschaft war so groß, dass bereits geringfügige Verbesserungen als große Entlastung empfunden werden konnten. Das beförderte bei den Gewerkschaftsmitgliedern die Zufriedenheit mit Wenigem, daher genügten bereits kleine Fortschritte. Außerdem bewirkte die Verfolgung durch die Obrigkeit innerhalb der Arbeiterschaft einen solidarischen Zusammenschluss und eine gemeinsame Identität, wie sie in anderen Industrienationen nicht vorkamen. Sie ließ den Glauben

25 Vgl. dazu Winkler, Heinrich August: *Der Schein der Normalität. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1924 bis 1930*, Berlin/Bonn 1988, S. 162 f.

26 Tenfelde 1987, S. 77; vgl. im Folgenden ebd., S. 77 ff., S. 137 ff. u. S. 152.

27 Ebd., S. 137.

aufkommen, es mit einem übermächtigen und gefährlichen Klassenfeind zu tun zu haben. Daraus zogen die Gewerkschaften Organisationsmacht. Entgegen seiner ursprünglichen Absicht machte sie Bismarck dadurch stark. Insofern war die gewerkschaftliche Rolle des politischen Underdogs eine vorteilhafte.

Erst gegen Ende des Kaiserreichs deutete sich an, dass sich den Gewerkschaften aufgrund ihrer Mitgliederstärke der Anspruch auf die Vertretungsbefugnis für einen großen Teil der Bevölkerung sowie den Status eines politischen Machtfaktors nicht mehr lange verweigern lassen würde. Die Gewerkschaften waren zwar noch längst nicht etabliert, doch hatten sie bis zum Kriegsbeginn große Fortschritte gemacht. Die Zahl der Menschen, deren Arbeitsbedingungen gewerkschaftlich ausgehandelte Tarifverträge bestimmten, betrug im Sommer 1914 bereits ungefähr ein Achtel aller Industriebeschäftigten und ein Drittel aller Gewerkschaftsmitglieder.²⁸ Einzig die an Rhein und Ruhr ansässige Schwerindustrie hielt sich als letzte antigewerkschaftliche Bastion und zeigte sich erst infolge der außergewöhnlichen Umstände des Weltkriegs verhandlungsbereit.²⁹ Ferner hatten sich die sozialdemokratischen Gewerkschaften aus ihrer Unterordnung unter die SPD, das Primat der Partei, befreit. Auf dem Mannheimer Parteitag 1906 setzten sie ihre Gleichrangigkeit mit der Parteileitung durch. Das Mannheimer Abkommen ist insoweit der geschichtliche Ursprungsort von Meinungsverschiedenheiten zwischen SPD und Gewerkschaften, das Gründungsdocument der gewerkschaftlichen Eigenständigkeit. Mit ihm vergrößerten sich die politischen Spielräume der Gewerkschaftszentralen. Insofern zeichnete sich in der Spätphase des wilhelminischen Reichs bereits der spätere Bedeutungsgewinn der Gewerkschaften im politischen System ab – ein Gewinn, den sie später, nach dem Ende des Kriegs, vorerst einstrichen.

Fusionssucht und Bonzen: Organisationsreformen

Doch die Zeitspanne zwischen den 1860er und 1920er Jahren war alles andere als kurz und verlangte den Gewerkschaften bereits die Fähigkeit zur Erneuerung ab. Vor diese Herausforderung gestellt, zeigten sich die Gewerkschaften im ausgehenden 19. Jahrhundert erstaunlich reformfreudig und reaktionsschnell. Sie überwandern ihre Vereinzelung, indem sich örtliche Berufsgewerkschaften zu reichsweiten Zentralverbänden zusammenschlossen.³⁰ Die modernste Gewerkschaft war dabei sicherlich der *Deutsche Metallarbeiter-Verband*, der sich 1891

28 Vgl. Schönhoven 2003, S. 46.

29 Vgl. ders. 1987: Gewerkschaften als Massenbewegung, S. 221 f.

30 Vgl. auch im Folgenden ders. 2003, S. 46 f.

gründete und – ein Jahr nach dem Ende von Bismarcks Reichskanzlerschaft – ein neues Zeitalter der Gewerkschaften einläutete: Erstmals vereinigte der Verband nicht eine spezielle Berufsgruppe, sondern eine ganze Branche mit unterschiedlichen Tätigkeitsprofilen und Qualifikationen, überdies geschlechtsübergreifend Männer und Frauen. Dieses Modell war insofern wegweisend, als dass die deutschen Gewerkschaften größtenteils auch heute noch darauf beruhen.

Daneben kam es zu etlichen Zusammenschlüssen, zu einer Konzentration, durch die sich die Vielzahl kleiner Gewerkschaften verringerte, die Organisationskraft jedoch erhöhte. Fusionen sind daher keineswegs ein modernes Phänomen, sondern ein uraltes Reforminstrument aus den Anfängen der Gewerkschaftsentwicklung. Typische Begleiterscheinungen waren damals wie heute Konflikte zwischen den beteiligten Organisationen. So seien starke Organisationen wie der Metallarbeiterverband einer „Sucht“ erlegen gewesen, die „Verbände zu vergrößern und alles in sie hineinzuzwängen [...] einem gewerkschaftlichen Imperialismus“ gleich.³¹

Waren die Gewerkschaften auf dem Feld der Organisationsstruktur also in der Lage, Probleme zu beheben, so zeichnete sich ein anderer Missstand ab, dem sie im Grunde bis heute nicht Herr geworden sind: die Kritik an den „Bonzen“, die aufgrund ihrer Karriere den Blick für die Verhältnisse an der Basis verloren hätten. Denn die Mitgliederzuströme machten schon bald einen Verwaltungsapparat notwendig, der dem des Staats ähnelte. Zum Beginn des 19. Jahrhunderts waren SPD und Gewerkschaften zu großen Apparaten angewachsen, die eigene „Beamte“ beschäftigten, wie man die hauptberuflichen Funktionäre damals nannte. Die Organisationen der Arbeiterbewegung waren damit selbst zu Arbeitgebern geworden, beschäftigten Personal in dreistelliger Höhe. Die Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre kamen aus den eigenen Reihen, waren zuvor in Arbeiterberufen tätig gewesen, hatten sich als Funktionäre bewährt und waren irgendwann vollständig in den Dienst der Organisation getreten. Und das war auch nötig, denn die wachsende Mitgliedschaft verlangte nach Betreuung und Administration, die sich auf Basis von freiwilliger und nebenberuflicher Tätigkeit nicht mehr bewerkstelligen ließen. Dadurch ging freilich der romantische Bewegungskarakter immer stärker verloren, professionalisierten sich SPD und Gewerkschaften zunehmend. Um die beständig wachsenden Organisationen am Laufen zu halten, wurden immer mehr Funktionäre benötigt; zeitweilig stieg die

31 Dissinger, Arthur: Das freigewerkschaftliche Organisationsproblem. Eine soziologische Studie, Jena 1929, S. 138.

Zahl der Verbandsbeschäftigten stärker als die der Mitglieder.³² In den 1920er Jahren gab es ungefähr 15.000 Basisbüros mit ca. 6650 Funktionären (Stand 1930); diese Verwaltungsstellen hielten die Organisationen am Leben, verrichteten Verwaltungsaufgaben, berieten die Mitglieder, führten Buch und Kasse; zwei Drittel aller hauptamtlichen Funktionäre arbeiteten dort. Getragen wurde die Verbandsarbeit allerdings von einer Armee ehrenamtlicher Funktionäre, die 1927 etwa 200.000 Menschen umfasste. Die Verwaltungskosten machten ungefähr ein Drittel des ADGB-Etats aus.

In den Gewerkschaften wie auch in der Partei boten sich Arbeitern ungewöhnliche Aufstiegschancen, die ihnen in der Fabrik oder im Kleinbetrieb zumeist verwehrt waren. Auf Partei- und Gewerkschaftsschulen erhielten sie kostenlose Bildung und in der Organisationshierarchie ließ sich ungeachtet der bescheidenen Herkunft Karriere machen, es konnten Verantwortung für hunderttausende Menschen übernommen, Ämter auf Reichsebene bekleidet werden, wohingegen sie außerhalb der Organisation allenfalls als Meister einige Gesellen und Lehrlinge herumkommandiert hätten, niemals aber über die Fabrikhalle oder die Werkstatt hinausgekommen wären. Doch die Tätigkeit im Verwaltungswesen der Gewerkschaften konnte sie leicht von ihren vormaligen Kollegen entfremden. Dort habe sich, so eine zeitgenössische Wahrnehmung, ein „Beamtenkörper“ gebildet, der sich allerdings „im Laufe der Zeit nicht nur organisationstechnisch selbständig gemacht“ habe, sondern auch „psychologisch und intellektuell autonom“ geworden sei.³³ In dieser Professionalisierung wurde die Gefahr einer Entfremdung von Organisation und Gesellschaft gesehen. Vollzeitfunktionäre, so die Befürchtung, würden den Kontakt zur Betriebswelt, zum Alltag der Organisationsklientel, verlieren. Denn sie teilten ja schließlich nicht mehr die tagtägliche Erfahrung der Arbeit an der Maschine und fuhren auch nicht mehr in die Stollen ein. Wie könnten sie also noch ehrliches Verständnis für aktuelle Sorgen und Nöte der Arbeiter aufbringen, wie könnten sie von deren wirklichen Problemen noch wissen?

Dass die Gewerkschaften mit zunehmender politischer Macht immer mehr Personal in unterschiedliche Positionen und Gremien des Staats entsandten, ver-

32 Vgl. hier und folgend Potthoff, Heinrich: *Freie Gewerkschaften 1918-1933. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund in der Weimarer Republik*, Düsseldorf 1987, S. 37 u. S. 65 ff.; Varain, Heinz Josef: *Freie Gewerkschaften, Sozialdemokratie und Staat. Die Politik der Generalkommission unter der Führung Carl Legiens (1890-1920)*, Düsseldorf 1956, S. 58 f.

33 Enderle, August et al.: *Das rote Gewerkschaftsbuch*, Berlin 1932, S. 88; siehe auch Cassau 1925, S. 125 ff. u. S. 166.

stärkte diese Kritik bloß noch. Damals wie später kritisierten Stimmen die „Verwachsung“ der Gewerkschaftsführer mit dem Staatsapparat, die „schiedlich-friedliche Vertretung in allen möglichen Staatsbehörden“³⁴. Dabei hatten die Funktionäre keineswegs einen leichten und entspannten Job: Neben die Missgunst, die sie zu ertragen hatten, trat obendrein ein beträchtliches Arbeitspensum. Funktionäre waren ständige Anlaufstellen für allerart Probleme der Klientel, mussten sich kümmern und sorgen, Probleme lösen und stets ein offenes Ohr haben. Sie mussten Papierkram erledigen, Mitgliedsbeiträge eintreiben, insgesamt: die Organisation aufrechterhalten. Zur Leistungsfähigkeit des Gewerkschaftsapparats hatte auch das Bismarck'sche Sozialistengesetz maßgeblich beigetragen. Denn in der Absicht, mit getarnten Arbeiterorganisationen die Verbote zu umgehen, mussten die Funktionäre angesichts der gesetzlich verfügten Unterdrückung raffinierte Schritte machen, um die Behörden zu täuschen. Diese Zeit brachte eine enorm organisationserfahrene und schlagkräftige Generation von Funktionären hervor.³⁵ Sie wurden zu versierten Organisatoren und Administratoren und kamen damit dem Staatsbeamten sehr nahe. Disziplin und Ordnung – nicht Revolution: Das waren die Fähigkeiten der Gewerkschafts- und Parteibeamten im späten Kaiserreich und während der Weimarer Republik. Die Verwaltungsstellen an der Basis erwiesen sich als ungemein wichtig für die Mitgliederbindung; daher war die Bürokratisierung der Organisation, der Ausbau des Apparats in der Zeit vor 1914, unumgänglich.³⁶

Im vorkriegszeitlichen Kaiserreich waren die Gewerkschaften also weit gekommen. Sie hatten eine starke Organisation errichtet und eine Stammmitgliedschaft gewonnen. Dennoch zeichneten sich damals schon zukünftige Schwachstellen ab. Erstens erreichten die Gewerkschaften partout bestimmte Gruppen nicht und zweitens war die Mitgliederbindung an vielen Punkten schwach.

In den letzten beiden Friedensjahrzehnten waren die Gewerkschaften unterschiedlich weit in die verschiedenen Wirtschaftsbereiche vorgedrungen: Vor allem lag ihre Schwäche nach wie vor dort, wo viele Frauen, Angestellte und Ungelernte arbeiteten und der Austausch von Arbeitsplatzinhabern besonders häufig und schnell geschah.³⁷ Die Mitglieder waren nicht allesamt fest gebunden; ganz oft war ihre Verbundenheit mit der Organisation sogar nur schwach und flüchtig. Zumeist schwollen die Mitgliederbestände im Vorfeld von Streiks an, um anschließend wieder merklich zurückzugehen. Auch in den Jahren vor dem

34 Ebd., S. 95.

35 Vgl. Tenfelde 1987, S. 162 f.

36 Vgl. Schönhoven 1987: Gewerkschaften als Massenbewegung, S. 231 f.

37 Vgl. hier und folgend ebd., S. 204 ff. u. S. 226-230.

Ersten Weltkrieg gingen von Streiks wie schon in den 1860er und 1880er Jahren starke Mitgliederzuströme aus. Viele Gewerkschaften reagierten darauf, indem sie die Höhe ihrer Unterstützungszahlungen während Arbeitskämpfen an die Dauer der Mitgliedschaft knüpften. Man darf somit nicht vergessen, dass auch in dieser Zeit der statistischen Blütephase der deutschen Gewerkschaften die Mitgliedschaft extrem instabil war. Und es zeigte sich, dass die Erwartungen an materiellen Sofortgewinnen unter einem beträchtlichen Teil der Arbeiter hoch waren – viele von ihnen verbanden mit einer Mitgliedschaft ungeduldig das Versprechen auf ein besseres Leben innerhalb kürzester Zeit.

KRIEGSGEWINNER UND DEMOKRATIEVERLIERER: DEUTSCHE GEWERKSCHAFTEN IN DER WEIMARER REPUBLIK

Der Glaube an den Gewerkschaftsstaat: institutionelle Akzeptanz und Mitgliederboom nach dem Krieg

In gewisser Weise waren die Gewerkschaften Kriegsgewinner. Zwar waren unzählige ihrer Mitglieder nicht mehr heimgekehrt, als Gefallene auf den Schlachtfeldern der Champagne, Picardie oder von Wolhynien zurückgeblieben. Doch durch die Kriegssituation und die damit verbundene Bedeutung der Rüstungsindustrie erreichten sie, dass die Arbeitgeber sie als Verhandlungspartner akzeptierten. Das hatte sich bereits im Sommer 1914 abgezeichnet, als die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, die etwa zu einem Drittel aus Gewerkschaftern bestand, für die Bewilligung der Kriegskredite stimmte und mit den Unternehmern Frieden schloss.³⁸ Damit widerlegten sie nicht nur den Vorwurf, „vaterlandslose Gesellen“ zu sein, sondern empfahlen sich überdies als besonnene Partner von Staat und Unternehmern, mit denen sich sachlich verhandeln ließ; außerdem war der Ausgang der deutschen Novemberrevolution offen, boten sich die Gewerkschaften aus der Sicht vieler Unternehmer als eine Adresse an, über die man sich mit dem neuen System arrangieren konnte. Erst durch die gewaltige Veränderungsmacht des Kriegs erkannten die Konzernchefs der Schwerindustrie, die sich bis dahin am hartnäckigsten den Gewerkschaften widersetzt und ihnen den Status eines regelmäßigen Verhandlungspartners verweigert hatten, die

38 Vgl. Schönhoven 2003, S. 47; Walter, Franz: Die SPD. Biographie einer Partei, Reinbek bei Hamburg 2009, S. 41 ff.

Interessenvertretung der Arbeitnehmer an.³⁹ Dieses neue Verhältnis personifizierte die Anführer beider Seiten, der Industriemagnat Hugo Stinnes und der Vorsitzende des *Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes* (ADGB) Carl Legien, die ihren Pakt im November 1918 im „Stinnes-Legien-Abkommen“ besiegelten. Freilich bedeutete dies noch keine romantische Hingabe der Arbeitgeber an ihren einstigen Rivalen; die Arbeitgeber verstanden den Vertrag als „ein Zweckbündnis auf Zeit“⁴⁰, das ihnen über die ungewisse Revolutionszeit hinweghelfen sollte, in der vorübergehend ja die Sozialdemokraten politisch tonangebend waren.

Die Gewerkschaften hatten den Kriegsbeginn also genutzt, um ihre Position im Staats- und Gesellschaftsgefüge zu verbessern, und sie hatten auf Mitgliedergewinne aufgrund neuer Arbeitsplätze infolge einer bald boomenden Waffenproduktion und möglicher Eroberungen spekuliert. Als entschiedene Kriegsgegner waren sie 1914 jedenfalls überwiegend nicht in Erscheinung getreten, sie verbanden mit dem Krieg vielmehr größtenteils die Hoffnung auf wachsende Macht und Anerkennung in Politik und Gesellschaft. Mit ihrer Absage an eine pazifistische Grundhaltung begründeten die Gewerkschaften unter „dem Donner der todspeienden Kanonen“⁴¹ während des Ersten Weltkriegs die sozialpartnerschaftlichen Beziehungen zwischen Vertretern der Arbeitnehmer- und der Arbeitgeberseite. Außerdem zog die gewerkschaftliche Verbandsspitze gegenüber den angeschlossenen Einzelgewerkschaften daraus einen Macht- und Bedeutungszuwachs.⁴²

Erstens hatten sich also die Gewerkschafter über den Ausnahmezustand des Kriegs den langgehegten Traum erfüllt, von den Unternehmern als gleichberechtigte Verhandlungspartner anerkannt und politisch nicht mehr wie früher als Vaterlandsverräter gebrandmarkt zu werden. Zweitens schlossen sich den Gewerkschaftern während der Revolutionszeit 1918/19 viele Arbeitnehmer an, die in einem politischen Nachfolgesystem der konstitutionellen Monarchie einen deutlichen Bedeutungs- und Machtgewinn der Gewerkschaften erwarteten (im Herbst 1919 organisierten die Freien Gewerkschaften rund 7,3 Mio. Menschen).⁴³ Aus dem Krieg gingen die Gewerkschaften daher zunächst gestärkt hervor: Sie hatten

39 Vgl. Abendroth, Wolfgang: Die deutschen Gewerkschaften. Weg demokratischer Integration, Heidelberg 1954, S. 15.

40 Schönhoven 2003, S. 48.

41 Enderle et al. 1932, S. 14.

42 Vgl. Cassau, Theodor: Die Gewerkschaftsbewegung. Ihre Soziologie und ihr Kampf, Halberstadt 1925, S. 110.

43 Vgl. Varain 1956, S. 132 f.

ihren Stellenwert innerhalb der industriellen Beziehungen als Verhandlungs- und Vertragspartner der Arbeitgeber gesteigert und sie verzeichneten ein beträchtliches Mitgliederwachstum. Doch die Erwartung eines sozialdemokratischen „Gewerkschaftsstaats“ erfüllte sich nicht. Die Machteliten des verfallenen Kaiserreichs behaupteten sich weitgehend im neuen System, die gesellschaftlichen Verhältnisse veränderten sich keineswegs revolutionär oder fundamental und auch das Personal in der staatlichen Verwaltung und der Ministerialbürokratie wurde kaum ausgewechselt.⁴⁴

Zwar bildeten die Sozialdemokraten im Reichstag lange Zeit die größte Fraktion, waren jedoch vergleichsweise selten über eine Koalition in die Regierung eingebunden. Die SPD als die Partei, die den Freien Gewerkschaften personell und politisch am nächsten stand, regierte lediglich von Mai 1921 bis November 1922, August bis November 1923 und zuletzt mit Hermann Müller als Reichskanzler in einer großen Koalition von Juni 1928 bis März 1930. Im Verlauf der Weimarer Jahre verloren die Gewerkschaften sogar an politischer Macht. Im Herbst 1923 hob ein Gesetz faktisch die Tarifautonomie auf, indem der Staat in Tarifstreitigkeiten zwischen Gewerkschaftern und Vertretern der Arbeitgeberseite als Zwangsschlichter eingreifen und die Löhne festlegen konnte.⁴⁵ In der wirtschaftlichen Krisenphase gegen Ende der 1920er Jahre galten die Gewerkschaften daher schon bald als Spielball der Unternehmer, die im Verbund mit der Regierung die Arbeitsmarktpolitik bestimmten.⁴⁶

Trotz alledem hatten die Gewerkschaften einen riesigen Schritt gemacht, hatten sich insgesamt im politischen System festgesetzt, einen Großteil ihres Außenseiter-Images abgestreift. Im Verlauf von Weimars republikanischen Jahren entsandten sie immer mehr Personal in Institutionen, die das gesellschaftliche Zusammenleben beeinflussten: Gewerkschafter saßen in den Gremien der Sozialversicherung (1931 ca. 50.000), in Arbeitsgerichten (10.000), Arbeitsämtern (2000) oder auch Handels-, Industrie und Handwerkskammern (10.000) sowie in Ausschüssen der Berufsschulen (5000).⁴⁷ Doch noch etwas änderte sich für sie. Mit dem Betriebsrätegesetz von 1920 trat ein neuer Akteur, der Betriebsrat, in das Gefüge der Interessenvertretung. Von den Belegschaftsangehörigen gewählt, sollte er deren Belange gegenüber dem Management vertreten. Damit begann ein bis heute andauerndes Spannungsverhältnis zwischen Gewerkschaften, die über-

44 Vgl. Winkler, Heinrich August: Der lange Weg nach Westen. Deutsche Geschichte 1806-1933, Bonn 2002, S. 382-385.

45 Vgl. ebd., S. 440 f.

46 Vgl. Schönhoven 2003, S. 50.

47 Vgl. Potthoff 1987, S. 67.

greifende Interessen zu vereinbaren hatten, und Betriebsräten, die überwiegend Interessen eines einzelnen Betriebs verfolgten.⁴⁸ Betriebsräte waren für die Gewerkschaften Chance und Problem zugleich: Einerseits konnten die Organisationen über sie in den Betrieb hineinwirken, sie zur Mitgliederrekrutierung einsetzen und von ihnen die Einhaltung von Tarifvereinbarungen überwachen lassen. Andererseits konnten Betriebsräte auch eigenwillig sein, sich nicht der gewerkschaftlichen Autorität beugen und sich mit den Arbeitgebern verbünden. Die Unabhängigkeit und Befugnisse, die Gesetze im weiteren Zeitverlauf den Betriebsräten einräumten, konnten theoretisch auch dazu führen, dass die betriebliche Mitbestimmung durch Betriebsräte die überbetriebliche Interessenvertretung der Gewerkschaften untergrub. Die Einrichtung von Betriebsräten bedeutete für Gewerkschaften jedenfalls keineswegs einen automatischen Gewinn von Einfluss und Mitgliedern. Mit ihnen erhöhte sich vor allem die Komplexität der Wirtschaftswelt. Ja, sie waren unberechenbar: In einem Moment konnten sie sich als zuverlässige Agenten der Gewerkschaften erweisen, in einem anderen unvermittelt als Gegenspieler in Erscheinung treten.

Die Bürde hochfahrender Hoffnungen: Enttäuschungen der Revolutionszeit

Das war ein bemerkenswerter Widerspruch in der deutschen Gewerkschaftsgeschichte: Politischer Bedeutungsgewinn und Machtzuwachs erwiesen sich als Quelle unzufriedener Mitglieder. Im Kaiserreich hatten die Gewerkschaften eine deutlich schwächere Stellung im politischen System eingenommen, da sie noch keine etablierten Tarifpartner der Arbeitgeber waren. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts hatten die Arbeiter alle Hände voll damit zu tun, sich überhaupt erst das Koalitionsrecht, das Recht auf eine eigene Interessenvertretung, zu erkämpfen. Entsprechend niedriger fielen die Erwartungen der Gewerkschaftsmitglieder an die Organisation aus, in der sie sich wie in einer Wagenburg gegen die Benachteiligungen der übrigen Gesellschaft abschotten konnten. Es waren die prägenden Erfahrungen von „materieller Not und sozialer Benachteiligung, von gesellschaftlicher Ungleichheit und politischer Unterdrückung“⁴⁹, die ein Bewusstsein schufen, welches die Arbeitermassen, die noch dazu Zukunftshoffnungen anhängen, in großer Zahl in die Gewerkschaftsorganisationen strömen ließ. Die Unterdrückung durch das Bismarck'sche Sozialistengesetz von 1878

48 Vgl. Esser, Josef: Funktion und Funktionswandel der Gewerkschaften in Deutschland, in: Schroeder/Weßels (Hg.) 2003, S. 65-85, hier S. 74.

49 Schönhoven 2003, S. 44; vgl. folgend ebd., S. 45.

aktivierte überdies eine massenhaft empfundene Identität als benachteiligte Proletarier. Die offenbare Stellung im System und die politischen Resultate stimmten also überein: Beide waren nicht allzu machtvoll.

Anders sah es hingegen nach dem Krieg, nach dem Sturz des Kaisers und dem Bedeutungsgewinn des Parlaments aus. Nun warteten viele Arbeitnehmer ungeduldig auf die Verheißungen des Sozialismus, von denen die sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführer ja stets gesprochen hatten. Und war ihnen nicht jahrzehntelang im Milieu die Notwendigkeit einer sozialen Revolution indoktriniert worden? Nun endlich, so glaubten sie, habe ihre Stunde geschlagen, würden sie in eine gerechtere Gesellschaft aufbrechen und die Segnungen sozialistischer Politik empfangen. Vormalis unerreichbare Leistungen schienen nun erstmals möglich zu sein, nachdem sie zuvor in einem aristokratischen System für niemanden bezweifelbar an politischer Unterdrückung noch gescheitert waren; jetzt aber richteten sich Erwartungen an die Gewerkschaften, inzwischen realistisch scheinende Ansprüche zu befriedigen. Daher mussten die politischen Ereignisse zwischen 1918 und 1920 die Arbeiter zwangsläufig enttäuschen. Denn die Verheißung eines sozialistischen Umsturzes erfüllte sich wider Erwarten nicht, SPD und Gewerkschaften arrangierten sich stattdessen mit den vorherrschenden Eliten und Strukturen. Zwar wurde der Kaiser von seinem Thron gestürzt, verloren die Fürstenhäuser ihre Staatsgewalt, doch ein radikaler Bruch mit dem alten System fand dennoch nicht statt – schließlich hatte es ja auch schon im Kaiserreich Gewaltenteilung, Wahlrecht und Parlamente gegeben.

Diese relative Kontinuität war erklärungsbedürftig und sorgte für Unmut und Misstrauen. „Eine Illusion ist geplatzt. Das, woran Menschen jahrzehntelang geglaubt haben, wenigstens in den Massen, indem man meinte, an dem Tage, an dem wir die politische Macht erringen würden, werde es ein Kinderspiel sein, die letzten Ziele unserer Bewegung zu verwirklichen, ist nicht in Erfüllung gegangen.“⁵⁰ Stattdessen verschlechterte sich sogar für viele Menschen die Lage. Fast nirgendwo gab es einen Arbeitsplatz, der nicht gefährdet war. Allorten spukte „das Gespenst der Massenentlassung“⁵¹. Und auch weiterhin atmeten die Arbeiter giftige Dämpfe ein und hörten den ohrenbetäubenden Lärm von Maschinen und Geräten. Noch immer wohnten sie in beengten Quartieren, auf einem überfüllten Arbeitsmarkt ohne Aussicht auf Aufstieg aus den bedrückenden Verhältnissen.

50 Der Gewerkschafter Tarnow 1925 auf einem Gewerkschaftskongress in Breslau zitiert nach Enderle et al. 1932, S. 22.

51 Heimann, Eduard: Der Klassenkampf als seelische Reaktion, in: Die Arbeit, Jg. 2 (1926) H. 5, S. 290-298, hier S. 291.

Während der Weimarer Republik überstiegen die Probleme der Gesellschaft schlichtweg die Fähigkeit von Staat und Volkswirtschaft, sie zu lösen.⁵² Der Arbeitsmarkt war überfüllt, ein beträchtlicher Teil der Jugend musste sich als überflüssige Generation fühlen.⁵³ Und daran vermochten auch die Gewerkschaften nicht viel zu ändern. Wer sich, ob jung oder alt, in dem Glauben an eine baldige Verbesserung der Lage und einen wirksamen Schutz vor den Wechselfällen des Arbeitsmarkts zum Eintritt in eine Gewerkschaft entschloss, wurde daher schnell enttäuscht. Gegen die ökonomischen Debakel der Weimarer Zeit – Hyperinflation in den frühen, Massenarbeitslosigkeit in den späten 1920er Jahren – konnten die Gewerkschaften nicht viel ausrichten. Ihre Mitgliederzahlen dürften daher aus ähnlichen Gründen geschwankt haben wie die Wählerstimmen für die Republik-bejahenden Parteien. Ein beträchtlicher Teil der Wähler entzog SPD, DDP oder DVP das Vertrauen und gab radikalen Parteien die Stimme – der KPD, vor allem aber der NSDAP.⁵⁴ 1930 hatten sich schätzungsweise zehn Prozent früherer SPD-Wähler und 25 Prozent der DDP- und DVP-Wähler auf den Stimmzetteln den Nationalsozialisten zugewandt. Ohne feste Parteibindung gingen viele Wähler schlichtweg dorthin, wo sie sich Vorteile versprachen.

Ähnlich wie an der Wahlurne geschah dieser Vorgang vermutlich auch im Falle der Gewerkschaften, aus denen man nach einer erwartungsvollen Phase enttäuscht wieder austrat. Daher korrelierten deren Mitgliederzahlen zu manchen Zeitpunkten stark mit der politischen oder wirtschaftlichen Situation.⁵⁵ So ereignete sich bspw. in der Nachkriegszeit ein Mitgliederboom: Waren vor Kriegsbeginn rund 2,5 Mio. Menschen Mitglied in einer der Freien Gewerkschaften gewesen, so hatten sich diesen bis Ende 1919 – im Umbruch des politischen Systems und womöglich in Erwartung einer sozialdemokratisch-gewerkschaftlich bestimmten Politik – etwa 7,3 Mio. Bürger angeschlossen: „[N]un drängte sich alles Volk zu ihnen“⁵⁶. Im Sommer 1920 erreichten die Freien Gewerkschaften mit ca. 8,5 Mio. Mitgliedern ihren Höchststand (wovon neunzig Prozent auf den

52 Vgl. Wirsching 2010, S. 69-83 u. S. 110 ff.

53 Vgl. Peukert, Detlev J. K.: Jugend zwischen Krieg und Krise. Lebenswelten von Arbeiterjungen in der Weimarer Republik, Köln 1987, S. 33-38.

54 Vgl. Winkler 2002, S. 490-493.

55 Vgl. Flemming, Jens/Krohn, Claus-Dieter/Witt, Peter-Christian: Sozialverhalten und politische Reaktionen von Gruppen und Institutionen im Inflationsprozess. Anmerkungen zum Forschungsstand, in: Büsch, Otto/Feldman, Gerald D. (Hg.): Historische Prozesse der deutschen Inflation 1914 bis 1924. Ein Tagungsbericht, Berlin 1978, S. 239-263, hier S. 243.

56 Brauer, Th.: Krisis der Gewerkschaften, Jena 1924, S. 13.

ADGB entfielen).⁵⁷ „Nun wurde plötzlich jedermann Gewerkschaftler – vom simpelsten Handlanger bis in die höheren Kreise der Techniker, Angestellten und Beamten hinein. Als wenn es nie etwas Selbstverständlicheres gegeben hätte!“⁵⁸ Als das erhoffte Szenario eines sozialistischen, gewerkschaftlich dominierten Staats jedoch ausblieb, die Gewerkschaften doch nicht zur „Phalanx der neuen Ordnung“⁵⁹ geworden waren, verminderte sich auch der ungewöhnlich große Mitgliederbestand.

Jene Gruppen, die schon immer schwer zu organisieren gewesen waren, in den Revolutionswochen und -monaten jedoch eine neue Gesellschaft und ein neues politisches System heraufziehen sahen und deshalb den Gewerkschaften beigetreten waren – Angestellte, Frauen und Landarbeiter –, konnten „nicht in vollem Maße gehalten werden“, so der Politikwissenschaftler Wolfgang Abendroth, „wenn der unmittelbare Nutzen gewerkschaftlicher Arbeit nicht täglich deutlich wurde“.⁶⁰ Diese Gruppen waren den Gewerkschaften vor allem aus opportunistischen Gründen beigetreten und nicht in das Organisationsnetz des sozialdemokratischen Milieus eingewoben, aus denen die Gewerkschaften ihre Bindkraft bezogen. So schnell wie diese Bevölkerungsteile in die Organisation gelangten, so schnell konnten sie auch wieder aus ihr verschwinden. Im Zusammenhang mit der Hyperinflation – der rasenden Entwertung des Geldes als Spätfolge des Kriegs – kam es in den Gewerkschaften zu einem regelrechten Mitglieder-Exodus:⁶¹ Im Herbst 1922 setzte der Niedergang ein, bis Ende 1924 kam es zu einem Rückgang auf vier Millionen Mitglieder – der Organisationsgrad⁶² verringerte sich von 55 Prozent 1920 auf 28 Prozent 1925.

Viele hatten kein Geld mehr für die Mitgliedsbeiträge, etliche Unternehmen fuhren eine harte Linie gegen die Gewerkschaften, die ihrerseits kaum Schutz

57 Vgl. Potthoff 1987, S. 42.

58 Brauer 1924, S. 14.

59 Ebd., S. 15.

60 Abendroth 1954, S. 26.

61 Vgl. dazu Potthoff 1987, S. 43 f., S. 44 u. S. 57 f.

62 Dabei handelt es sich um einen „Indikator für den Grad der Mobilisierung der Arbeitnehmer durch die Gewerkschaften, für die dauerhafte Bindung von Arbeitnehmern an eine Gewerkschaft, für deren politisches Gewicht auf dem Wählermarkt, für die potentielle Macht bei Arbeitskonflikten sowie für die Ausstattung der Gewerkschaften mit Ressourcen in Form von Mitgliedsbeiträgen“; Ebbinghaus, Bernhard/Visser, Jelle: Der Wandel der Arbeitsbeziehungen im westeuropäischen Vergleich, in: Hradil, Stefan/Immerfall, Stefan (Hg.): Die westeuropäischen Gesellschaften im Vergleich, Opladen 1997, S. 333-376, hier S. 356.

vor der Krise boten – diese Mängel verringerten ihre Attraktivität auf die erwerbstätige Bevölkerung. Insgesamt ließ sich eine starke Abhängigkeit der Mitgliederentwicklung von der politischen und wirtschaftlichen Lage beobachten. Ein neuerliches Wachstum der Mitgliedschaft begleitete das zeitliche Vorfeld der Arbeitsmarktkrise, die zeitweise sieben Millionen Erwerbslose hervorbringen sollte: Die Mitgliederzahlen stiegen von 3,4 Mio. im Jahr 1924 auf 4,1 Mio. im Jahr 1928 – um dann bis zum Vorabend der nationalsozialistischen Machtergreifung wieder auf 3,3 Mio. zu fallen – von denen allerdings nur noch etwa 1,8 Mio. – 17 Prozent aller Arbeiter – einen Job besaßen.⁶³ Zwischen 1920 und 1929 sank die Zahl männlicher Mitglieder um 35 Prozent, die weiblicher gar um siebenzig Prozent.⁶⁴

Hier zeigte sich, dass die Gewerkschaften ohne größeres Zutun durch die Umstände ihrer Zeit schlagartig attraktiv oder abstoßend sein konnten. Darin offenbarte sich ihre geringe Bindungskraft gegenüber jenen Bürgern, die nicht eingebettet waren in eine sozialistische Lebenswelt, in der die Menschen im ständigen Kontakt mit Gewerkschafts- und SPD-Funktionären standen und über die Gewerkschaften auch unabhängig von politischen Leistungsschwankungen ihre Mitglieder behielten.

Die Gewerkschaften lösten das Schutzversprechen, das sie in den Augen vieler Arbeitnehmer gegeben hatten, auf Dauer nicht ein, enttäuschten die hochgesteckten Erwartungen ihrer Klientel. Im Verlauf der Weimarer Republik zeigte sich, dass sie die herkunftsbedingt blockierten Aufstiegswege für ehrgeizige und fleißige Arbeiter nicht freimachten, die Kaufkraft der Löhne nicht verbesserten und auch keinen Schutz vor Arbeitslosigkeit boten. Was also, so konnten sich viele Arbeiter fragen, sollte sie eigentlich zu einer Gewerkschaftsmitgliedschaft bewegen? Anstatt zuzunehmen, ließ die politische Überzeugungskraft der Gewerkschaften zwischen 1919 und 1933 jedenfalls stark nach.

Darin lag vermutlich eine wesentliche Ursache des Mitgliederschwunds. Denn offenbar hatten sich die Arbeitnehmer an die Gewerkschaften gewandt, weil sie auf der Suche nach einer verlässlichen Schutzmacht waren. Doch bereits zur Jahreswende 1923/24 waren zwischen 26 und 28 Prozent aller Gewerkschaftsmitglieder arbeitslos, fast ein Viertel von ihnen stand in Kurzarbeit.⁶⁵ Viele Arbeitnehmer sahen in den Gewerkschaften offenbar einen „Versicherungs-

63 Vgl. Winkler 1988, S. 29; Potthoff 1987, S. 44 f.

64 Weber, Petra: *Gescheiterte Sozialpartnerschaft – Gefährdete Republik? Industrielle Beziehungen, Arbeitskämpfe und der Sozialstaat. Deutschland und Frankreich im Vergleich (1918-1933/39)*, München 2010, S. 758.

65 Winkler 1988, S. 28 f.

verein“, der Arbeitslose und Streikende mit Geld versorgen sollte.⁶⁶ In den 1920er Jahren machten die Unterstützungen für Arbeitslose und Streiks rund 45 Prozent des Etats aus, beanspruchten in den vernationalsozialistischen 1930er Jahren gar 55 Prozent. Das überforderte die Gewerkschaften finanziell und machte sie für viele Erwerbspersonen unattraktiv. Weil sie sich zu 95 Prozent aus den Einnahmen ihrer zunehmend zahlungsschwachen Mitglieder finanzierten, überstiegen ab 1930 die Ausgaben die Einnahmen – und das im Kaiserreich geschaffene Vermögen war zuvor gleichsam als späte Rache an den vermeintlich „vaterlandslosen Gesellen“ von der kriegsbedingten Inflation aufgezehrt worden.

Insbesondere die Jugend, die nach dem Ersten Weltkrieg einen großen Anteil an der Gesamtzahl der Arbeitnehmer hielt, war Opfer der wirtschaftlichen Situation, blockiert, gar eine überflüssige Generation.⁶⁷ „Unübersichtlichkeit und Perspektivlosigkeit“ waren in den 1920er Jahren das „Signum der Jugend zwischen Krieg und Krise“.⁶⁸ Viele Jugendliche wuchsen in Perspektivlosigkeit, Trübsal und mit ständigen Verlust- oder Mangelerfahrungen auf: In ihrer unmittelbaren Nähe wurden Eltern, Geschwister und Freunde arbeitslos, ihre Lehrstellensuche konnte vergeblich sein, und wenn sie nicht gänzlich erwerbslos waren, schlugen sie sich oftmals mit Hilfs- oder Gelegenheitsarbeiten durch – ihr Weg in die Dauerarbeitslosigkeit schien oftmals vorgezeichnet. Diejenigen Arbeiter-Jugendlichen, die unter Zukunftsängsten litten, für sich keinerlei Aufstiegsoption sahen und nicht über die Familie und Organisationen fest in das katholische oder sozialistische Milieu eingebunden waren, erlagen zumeist der Anziehungskraft militarisierter Bünde, radikaler Ansichten, schließlich der NSDAP. Die Gewerkschaften hatten ihnen indessen augenscheinlich nichts zu bieten.

Dabei waren Sicherheit und Aufstieg für die Gewerkschaftsklientel ungemain wichtig. Die Facharbeiter orientierten sich überwiegend am Lebensstil von Angestellten, worin sich ihr Ziel ausdrückte, ihrer minderwertigen Herkunft zu entfliehen und hinsichtlich Bildungsniveau und Einkommen in die nächsthöhere Sozialschicht vorzustoßen. Im Kaiserreich schien das angesichts einer offensichtlich festgefügtten sozialen Schichtung – dem marxistischen Vernehmen nach gar einem Antagonismus der Klassen –, noch schwerlich möglich. Doch mit der Demokratie und der Republik verband sich nach 1918 auch das Versprechen auf soziale Mobilität, auf mehr Bildung, Geld und Ansehen. Und die Gewerkschaften sollten, so meinten vermutlich die meisten aus ihrer Klientel, mithelfen, diese Wünsche zu verwirklichen. Aufgrund des politischen Systemwechsels waren die

66 Vgl. hierzu Potthoff 1987, S. 69 (Zitat ebd.).

67 Vgl. Peukert 1987, S. 38.

68 Ebd., S. 309; vgl. folgend ebd., S. 175 u. S. 302.

Erwartungen an sie im Vergleich zur Vorkriegszeit daher deutlich gestiegen. Doch wie gesagt: Die Realität der Weimarer Jahre sah ganz anders aus. Aufstiegsorientierte Arbeiterfamilien versuchten weiterhin, ihren erreichten Status zu demonstrieren, sich nach unten abzugrenzen und ein Bewusstsein für Hochkultur zu dokumentieren, das ihnen höhere Schichten in Abrede stellten.⁶⁹ Dadurch gestalteten sie ihre Lebenswelt entgegen der auf proletarischen Avantgardismus gerichteten Hoffnungen ihrer politischen Anführer oftmals kleinbürgerlich: Sie hängten sich gerne Fotografien und Ölbilder an die Wand, sammelten Nippes aus Glas und Porzellan und erteilten Jazzmusik eine Abfuhr.⁷⁰ Das Heiligtum einer jeden Arbeiterfamilie war die „gute Stube“ – das bestausgestattete und gepflegteste Zimmer der Wohnung, zu dem die Eltern den Zutritt an ungefähr 363 Tagen im Jahr untersagten, um sie unter keinen Umständen auch nur geringfügig zu lädieren. Dort standen Regale und Kommoden, vollgestellt mit Porzellan; viel Ersparnes floss in diese – aus heutiger Sicht kuriose – Wohn-Vitrine, wofür die Familie in den übrigen Zimmern der Wohnung auf vieles verzichten musste. Denn aus der Perspektive einer sozialen Hierarchie betrachtet, symbolisierte der Raum den sorgsam gewahrten Abstand zum Unten und die Nähe zum erstrebten Oben. Für die Finanzierung dieser bescheidenen Lebenswelt benötigten die Arbeiter allerdings sichere Jobs und ein nicht allzu niedriges Einkommen.

Dennoch: Während das politische System seiner Verfassung nach deutlich demokratischer, liberaler und sozialer geworden war, blieb der Alltag der Arbeiterschaft hinter diesem formalen Fortschritt zurück. Einkommen und soziale Mobilität veränderten sich kaum, zumindest nicht zum Besseren. Im Kaiserreich wie auch in der Weimarer Republik waren Arbeiter in der Regel in ihren Existenzbedingungen gefangen, der Zugang zu hoher Bildung blieb den Arbeitersöhnen und -töchtern ungeachtet von Fleiß und Begabung zumeist verwehrt.⁷¹ Mancherorts war die Lage der Menschen derart schlecht, dass sich die Frustration in Gewalthandlungen entlud, wie die Kriminalitätsstatistik nachweist. Gewaltausbrüche erreichten ihren Höhepunkt vor allem samstags und sonntags, da an diesen Tagen viel getrunken wurde. Trotz fleißiger Arbeit und bescheidener Le-

69 Vgl. Rosenbaum, Heidi: Proletarische Familien. Arbeiterfamilien und Arbeiterväter im frühen 20. Jahrhundert zwischen traditioneller, sozialdemokratischer und kleinbürgerlicher Orientierung, Frankfurt am Main 1992, S. 174-179.

70 Vgl. Winkler 1988, S. 146-149.

71 Vgl. zu diesem Absatz ebd., S. 88 f., S. 111 u. S. 116-119; Dehn, Günther: Proletarische Jugend. Lebensgestaltung und Gedankenwelt der großstädtischen Proletarierjugend, Berlin 1929, S. 55.

bensführung blieb der finanzielle Abstand der Arbeiterhaushalte zu denen der Angestellten und Beamten bestehen, wurde allenfalls durch Finanzdebakel wie die Inflation verringert. Arbeiterfamilien hatten im Durchschnitt mehr als 1000 Reichsmark weniger jährliches Einkommen als Angestellte und Beamte; obendrein lebten in ihren Wohnungen mehr Menschen – bei Angestellten waren es durchschnittlich 3,3 Personen, bei Arbeitern hingegen 4,6.

Dabei: Absolut gesehen mochte sich sogar einiges verbessert haben. Massenkonsum und Massenkommunikation öffneten sich den Arbeitern, die hier und da ein Radio besaßen, ins Kino gingen oder eine Theaterraufführung besuchten und deren Wohnungsnot sich mit dem allmählichen Übergang zur Kleinfamilie aus Eltern und zwei Kindern im Vergleich zu den vorangegangenen Jahrzehnten deutlich minderte.⁷² Relativ gesehen hatte sich jedoch vieles zum Schlechten entwickelt, war die Kaufkraft des Geldes zurückgegangen, hatten vermeintliche Chancen nicht genutzt werden können und war die soziale Ungleichheit noch immer beträchtlich und frustrierend. Insofern war Weimar eine eigentümliche Transformationszeit, in der sich vieles wandelte, jedoch nur eben nicht schnell genug und manches im subjektiven Befinden letztlich sogar verschlechterte.

Wie ist angesichts dieser Bilanz nun aber die Integrationskraft der Gewerkschaften zwischen 1919 und 1933 zu bewerten? Dort, wo die Menschen sozialdemokratischen Arbeitervereinen angehörten, in denen sie ihre Freizeit verbrachten, von deren Solidarität sie Gebrauch machten und mit denen sie schöne Erinnerungen verbanden, waren auch die Gewerkschaften stark und konnten dazu beitragen, diesen Bürgern unübliche Möglichkeiten der Bildung und Kultur zu verschaffen und sie an die Republik zu binden. Doch über die Grenzen dieses Milieus hinaus und jenseits der Facharbeiter mit einigermaßen sicheren und auskömmlichen Jobs – sofern es diese überhaupt gab –, vermochten sie keine Anziehungskraft auszuüben. Die Bürger schlossen sich lieber rechts-, aber auch linksextremen Verbänden an, die häufig bewaffnet, uniformiert und aggressiv waren. Für viele bot sich in der radikalen Umwälzung des politischen und z.T. auch wirtschaftlichen Systems die einzige Option auf ein besseres Leben, eine optimistische Zukunftserwartung. Die gemäßigten Gewerkschaften kamen in einer als völlig instabil und ungewiss empfundenen Zeit schlechterdings nicht gegen die links- und rechtspolitischen Extreme an, an deren Heilsversprechen viele Reichsbewohner nun ihre Hoffnungen richteten, da nicht wenige von den Gewerkschaften enttäuscht waren.

Kurzum: Hatten sich zu Beginn der Republik noch viele Arbeitnehmer zukunftsgläubig den Gewerkschaften angeschlossen, begannen die Beschäftigten

72 Vgl. Peukert 1987, S. 306.

nun, zur Mitte der 1920er Jahre, mangels zufriedenstellender Ergebnisse an der womöglich überschätzten Durchsetzungsstärke der Gewerkschaften zu zweifeln.⁷³ Ihre Unzufriedenheit mit dem materiellen Gewinn ihrer Gewerkschaftsmitgliedschaft nahm zu. Die Arbeitnehmervertreter gerieten in den Verdacht, mit ständigen Streiks und Streikdrohungen die Produktionskraft der deutschen Wirtschaft zu hemmen und damit Arbeitsplätze zu gefährden. In dieser Sichtweise galten sie nicht mehr als Löser, sondern Verursacher volkswirtschaftlicher Probleme. Die damit verbundene Enttäuschung über die tarifpolitischen Resultate fiel umso größer aus, je höher die daran geknüpften Erwartungen gewesen waren. Viele Beschäftigte jener Zeit brachten nur wenig Verständnis für politische Winkelzüge und Kompromisse der Gewerkschaftsfunktionäre auf und fühlten sich um mutmaßliche Lohnerhöhungen gebracht.⁷⁴

Wer während der Revolutionszeit, 1919/20, den Gewerkschaften beigetreten war, um von deren politischer Macht zu profitieren, gehörte zehn Jahre später zumeist dieser vermutlich nicht unerheblich großen Gruppe Enttäuschter an und verließ die Organisation schon bald wieder. Allenfalls in abgelegenen Regionen, in denen die Nachrichten aus der Reichshauptstadt verspätet ankamen, war die Fähigkeit zur Kritik und Beschwerde bei den Mitgliedern schwach und konnten die örtlichen Funktionäre den Unmut mit ihrem Informationsvorsprung dämpfen und den Bindungsverlust hinauszögern.⁷⁵ Aber der große Trend ließ sich dadurch nicht umkehren: Viele Arbeiter und Angestellte verließen die Organisationen wieder, in die sie gerade erst eingetreten waren und die sie mittlerweile als Blockierer, Krisenverstärker und Maulhelden empfanden.

Fabrik statt Kontor: Anmerkungen zur Integrationskraft

Schienen die Gewerkschaften am Ende des Kaiserreichs noch die politischen Stars einer neuen Gesellschaft zu werden, gehörten sie in den folgenden Jahren zu den Abgehängten, den Verlierern der Weimarer Republik. Das hatte seine Ursache vor allem in bedeutsamen Verschiebungen auf dem Arbeitsmarkt: Waren unter Kaiser Wilhelm I. und seinen beiden Nachfolgern neue Arbeitsplätze noch überwiegend in den Bereichen entstanden, in denen die Gewerkschaften über einen funktionierenden Zugriff auf die Beschäftigten verfügten, vermehrten sich nach dem Krieg ausgerechnet solche Gruppen, die keinen Bezug zu den Ge-

73 Siehe Brauer 1924, S. 6.

74 Siehe Cassau 1925, S. 164; Koller, Philipp Alexander: Das Massen- und Führer-Problem in den Freien Gewerkschaften, Tübingen 1920, S. 68.

75 So Cassau 1925, S. 111.

werkschaften besaßen: u.a. Angestellte, Frauen und Heimarbeiter. Es gab Branchen, Berufe, Bildungsgrade, ein Geschlecht und selbst ganze Regionen, die den Gewerkschaften fernstanden. Was aber waren die Ursachen hierfür?

In den ersten dreißig Jahren des 20. Jahrhunderts erfolgte der Aufbruch in die Dienstleistungsgesellschaft – eine Verschiebung der Wirtschaftsstruktur, die den auf Facharbeitern ausgerichteten Gewerkschaften nicht gut bekam. Angestellten-jobs eroberten während der Weimarer Republik zunehmend größere Anteile an der Gesamtbeschäftigung; so stammten z.B. 1925 rund dreißig Prozent aller Erwerbspersonen aus dem Agrarsektor, etwa 45 Prozent waren Arbeiter, während die Beschäftigungsentwicklung im Dienstleistungsbereich bereits an der Dreißigprozentmarke kratzte.⁷⁶ Obwohl die Angestellten erst in den 1980er Jahren zur dominanten Arbeitsmarktgruppe anwuchsen,⁷⁷ gab es einen klaren Trend des Beschäftigungszuwachses außerhalb der Orte, an denen Gewerkschaften bis dahin stark gewesen waren.

Doch hielt die Gewerkschaftsmitgliedschaft mit dieser Entwicklung nicht Schritt. Bereits damals war sie aufgrund ihrer überlieferten Organisationskultur dazu nicht in der Lage: Aus den frühesten Tagen des Industriezeitalters rührt die innere Trennung der Arbeitnehmerschaft in Arbeiter und Angestellte.⁷⁸ „Die Differenz zwischen Hand- und Maschinenarbeit einerseits, Kopf-, Schreib- und Aufsichtsarbeit andererseits spaltete auch in den frühen Fabriken, Bergwerken und Manufakturen die Arbeitnehmerschaft in zwei Teile, in eine Welt der Arbeiter und eine der Angestellten. Die eine war eher schmutzig, laut, abnützend und produktiv, die andere sauber, leise, stilisierbar, mit Informationen und Papier, statt mit Sachen und Werkzeugen befasst, physisch nicht fordernd, oft sitzend, statt stehend.“⁷⁹ Dabei verdienten Angestellte nicht unbedingt viel besser als (gelernte) Arbeiter und waren gleichfalls abhängig beschäftigt. Obwohl sie sich also formal nicht stark voneinander unterschieden, schien es doch eine große kulturelle und mentale Kluft zwischen diesen beiden Arbeitnehmerkategorien zu geben.

Die Tätigkeit der Angestellten glich jener der Arbeitgeber, war jedenfalls weit entfernt von den Arbeiterkollegen. Zumeist waren sie, die hämisch „Steh-

76 Vgl. Winkler 1988, S. 13 f.

77 Vgl. Hemmer, Hans-Otto/Milert, Werner/Schmitz, Kurt Thomas: Gewerkschaftliche Politik unter der konservativ-liberalen Regierung seit 1982, in: Hemmer, Hans-Otto/Schmitz, Kurt Thomas (Hg.): Geschichte der Gewerkschaften in der Bundesrepublik Deutschland. Von den Anfängen bis heute, Köln 1990, S. 413–458, hier S. 418.

78 Vgl. dazu Kocka 1990, S. 504 ff.

79 Ebd., S. 505.

kragenproletarier“⁸⁰ Genannten, zudem räumlich getrennt – die einen im Büro, die anderen in der Werkstatt, Fabrik oder im Stollen. Aus der Richtung der Angestellten, der Administration des Betriebs, kamen ja auch schließlich die schlechten Nachrichten: Entlassungen, Lohnkürzungen, verlängerte Arbeitszeiten. Außerdem bezogen Angestellte ein festes Gehalt, statt wie die Arbeiter am Zahntag für schwankenden Lohn anzustehen, speisten in einem Casino, statt in der Kantine zu essen, saßen am Schreibtisch, statt am Hochofen oder der Maschine zu schwitzen. Und waren es nicht die Arbeiter, die im Gegensatz zu den Angestellten echte, materiell greifbare Werte in Gestalt von Häusern, Automobilen oder Werkzeugen schufen? Insbesondere Gewerkschaften, die nicht einen bestimmten Beruf, sondern eine ganze Branche mit zahlreichen Berufen organisierten, litten unter dieser Spannung zwischen den beiden Berufsständen.

Zusätzlich spielte der Berufsstolz eine erhebliche Rolle – aus ihm bezogen Gewerkschaften eine große Rekrutierungs-, aber auch eine eingeschränkte Integrationskraft.⁸¹ Die Maschinenbauer waren stolz, eine vielseitige und vergleichsweise saubere Arbeit zu verrichten. Die Maurer wiederum waren in ihrer häufig eintönigen Arbeit schmutzig und verschwitzt – doch das verband sie untereinander und motivierte sie, dieser Identität im Rahmen einer eigenen Organisation Ausdruck zu verleihen. Aufgrund all dessen dürfte die Mehrheit der Arbeiter auch gar nicht daran interessiert gewesen sein, dass Angestellte in großem Ausmaß Mitglied in den Gewerkschaften würden, die sich ja stets als proletarische Kampfverbände verstanden hatten. Umgekehrt wollte sich vermutlich die Mehrzahl der Angestellten nach unten abgrenzen, von jenen vermeintlich bemitleidenswerten Existenzen, die in den lärmenden Fabrikhallen schufteten oder in die dunklen Stollen hinab fuhren. Sie waren ja zumeist Aufsteiger, die als Kinder von Facharbeitern den Weg aus der Arbeiterschaft heraus geschafft hatten, die nun gediegener gekleidet waren und sich häufig im Umgang mit Menschen aus der bürgerlichen Lebenswelt übten. *Keiner* Branchengewerkschaft anzugehören, die auch – und meist vornehmlich – für Arbeiter Politik machte, gehörte wiederum zu ihrer Identitätsbildung. Mit dem beruflichen Aufstieg in die Angestelltenschicht entfernten sie sich – bereits in den Jahren der Weimarer Republik – langsam, aber sicher aus dem Arbeitermilieu.⁸²

In der Stadtbahn lösten sie ein Ticket für die zweite, nicht mehr die dritte Klasse, gingen statt in die Kneipe ins Café. Schon das Elternhaus eines frischgebackenen Angestellten gehörte in der Regel zur oberen Schicht der Arbeiter-

80 Bspw. nach Dehn 1929, S. 69.

81 Siehe hierzu auch Brauer 1924, S. 18; Dehn 1929, S. 64 f.; Dissinger 1929.

82 Dazu siehe Dehn 1929, S. 70-77.

schaft, da die Ausbildung bspw. auf einer Handelsschule die Versorgung der betreffenden Tochter oder des Sohnes vorausgesetzt hatte, die in dieser Zeit nichts verdienten und dabei stets akkurat gekleidet sein mussten. Eine Gewerkschaftsmitgliedschaft passte ganz einfach oft nicht zu ihrem bürgerlichen Umfeld und ihrer Aufstiegsorientierung. Im Gegenteil gehörte die Abkehr von proletarischen Organisationen sogar zu ihrem Lebensentwurf. Auch hatten sie andere Interessen und Bedürfnisse. So plagten sie kaum mehr Existenznöte; denn solange sie eine Anstellung besaßen, garantierte ihnen ihr Gehalt genügend Geld für den genügsamen Lebensunterhalt, was die Bedeutung der Gewerkschaft als Spender von Schutz und Geborgenheit verminderte.

Hinzu kamen ein geringes Politikinteresse und eine schwache Loyalität gegenüber der abgestreiften Herkunft. In den Jahren der Weimarer Republik waren die Metall- und Bauarbeiter die politisch interessiertesten Arbeitnehmer, wohingegen bspw. Verkäuferinnen und Verkäufer als unpolitisch galten.⁸³ Angestellte blieben dem linken Lager häufig fern, da sie sich an der politischen Haltung ihres Chefs, manchmal auch der Kundschaft des Gewerbes orientierten, bisweilen die Töne und Umgangsformen der Arbeiter als grob und derbe empfanden. Hinzu kam eine bedeutsame Veränderung der Gesetzeslage: Im Unterschied zum Kaiserreich war es Angestellten und Beamten in der Republik nämlich gestattet, sich in eigenen Verbänden zusammenzuschließen – dies erleichterte und förderte den Abstand zu den Arbeitern.⁸⁴ Kurzum: Als Organisationen, die augenfällig den Arbeiterschichten zuneigten und in denen berufsstolze Arbeiter versuchten, sich von Angestellten mit eigener Kultur und Identität abzugrenzen, waren Gewerkschaften schwerlich in der Lage, die Kluft zwischen diesen beiden Arbeitnehmerkategorien zu überbrücken und für beide zugleich attraktiv zu sein. Dafür waren in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts die sozialen Unterschiede und Vorurteile dieser Gruppen noch zu groß. Und so erging es während der 1920er Jahre den Gewerkschaften nicht viel anders als der SPD: Die Gesellschaft veränderte sich zu ihren Ungunsten, ihre Kernklientel, die Arbeiter, war eine schrumpfende Gruppe, deren Anteil an der Bevölkerung bereits auf unter fünfzig Prozent zurückgegangen war, während gleichzeitig die Anteile von Angestellten und Beamten beständig zunahmen.⁸⁵

83 Vgl. ebd., S. 49.53.

84 Vgl. Schönhoven 2003, S. 48 f.

85 Vgl. dazu auch Lösche, Peter/Walter, Franz: Die SPD. Klassenpartei – Volkspartei – Quotenpartei. Zur Entwicklung der Sozialdemokratie von Weimar bis zur deutschen Vereinigung, Darmstadt 1992, S. 11-14.

Neben der Statusgruppe der Angestellten erwies sich auch das Geschlecht als Bestimmungsfaktor der Mitgliederentwicklung. Gewerkschaften waren ihrer Mitgliedschaft nach ausgesprochen männlich. Frauen waren während des Kaiserreichs und der Weimarer Republik in den Karteien der Gewerkschaftszentralen viel seltener aufzufinden, als man sie in der realen Erwerbswelt, in Fabriken, Warenhäusern und Kontoren, antreffen konnte. Denn in den 1920er Jahren wurde die Erwerbswelt deutlich femininer als vor dem Krieg. Überall entstanden nun Büros mit Verwaltungskräften, wodurch die Zahl der weiblichen Angestellten und Beamten zehnmal so stark wie bei den Arbeitern stieg (von zwei auf zwanzig Prozent gegenüber 18 auf zwanzig Prozent).⁸⁶ Daran trugen die Gewerkschaften zum großen Teil selbst schuld.⁸⁷ In den Gewerkschaften gewährten die Männer den Frauen nicht den Grad an Emanzipation, den sich Frauen erhofften und den sie auf dem Arbeitsmarkt z.T. erreichten. Und sie beriefen überdies ungern Frauen in leitende Positionen. Die Verhältnisse im Berufsleben mochten feministischen Idealen kaum entsprochen haben, doch in den Gewerkschaften taten sie es vielleicht sogar noch weniger. Darin waren die Gewerkschaften Kinder der damaligen Zeit: Denn in der Weimarer Gesellschaft der 1920er und frühen 1930er Jahre „schwankte die Stellung der Frauen zwischen Privilegierung und Diskriminierung, zwischen Emanzipation und neuer Unterordnung“⁸⁸.

Sodann gab es Berufe und Branchenstrukturen, die sich für die Gewerkschaftsorganisation schlecht eigneten. An die Heimarbeiterinnen kamen die Gewerkschaften z.B. partout nicht heran.⁸⁹ Denn die Produkte, die sie herstellten – vorwiegend Spielzeuge und Kleidung –, fertigten sie nicht im vergleichsweise öffentlichen Raum einer Fabrik, sondern in der privaten Abgeschiedenheit der häuslichen Werkstatt. Das Heimarbeiterwesen war in Gegenden verbreitet, in denen die Böden unfruchtbar und die Verkehrslage unwegsam waren, z.B. in der Rhön, dem Erzgebirge und Thüringer Wald. 1925 umfasste diese Gruppe etwa 405.000 Menschen. Sie waren die Geringverdiener der Weimarer Republik schlechthin. Als Korbflechter im Barackenheim, Pseudo-Selbstständige in der heimischen Werkstatt fristeten sie ein vereinzelt Dasein, empfanden sie weder Klassenidentität noch Solidarität. Rechtsverstöße der Arbeitgeber blieben meist ungeahndet, da angesichts der stillschweigenden Machtverhältnisse niemand gegen sie aufzubegehren wagte. Gerade in dieser Schicht des Arbeitsmarkts, in der gewerkschaftlicher Schutz am nötigsten war, war er am geringsten vorhanden.

86 Vgl. Winkler 1988, S. 18.

87 Vgl. dazu Cassau 1925, S. 98.

88 Wirsching 2010, S. 95.

89 Vgl. Winkler 1988, S. 104-108.

Ihre Rekrutierungsstrategie und Organisationskultur ermöglichte den Gewerkschaften den sicheren Zugriff auf bestimmte Arbeitertypen. Gleichwohl beinhaltete dies auch den Nachteil der Beschränkung. Von der Kernklientel abweichende Typen erreichten sie durchaus weniger gut. Und deshalb organisierten die Gewerkschaften auch keineswegs die gesamte Arbeiterschaft. Mochten sich innerhalb dieser Kategorie auch größtenteils die Aufstiegschancen und Lebensverhältnisse erheblich gleichen, so gab es dennoch beträchtliche Unterschiede. Entgegen der Vorstellung von einer einheitlichen Gruppe, die der Begriff „Arbeiterschaft“ hervorruft, unterschieden sich Arbeiterfamilien nach Herkunft, Qualifikation, Arbeits- und Lebensbedingungen z.T. stark – das Spektrum reichte vom analphabetischen Fabrikarbeiter bis zum auskömmlich entlohnerten Handwerker; aber sie alle einte „die Empörung gegen ihre untergeordnete Position, der Kampf gegen Ausbeutung und soziale Ungerechtigkeit sowie der Gedanke an eine bessere und gerechtere Zukunft“⁹⁰. Dass sie sich trotzdem nicht unberechtigt zur „Arbeiterschaft“ zusammenfassen lassen, liegt daran, dass sie immer noch genügend ähnliche Eigenschaften besaßen – u.a. die geringe Möglichkeit des gesellschaftlichen Aufstiegs –, um sie sinnvoll gegen andere Gruppen wie z.B. das Großbürgertum oder den Adel abzugrenzen. Dennoch bestand ein wesentlicher Unterschied zwischen gelernten und ungelernten Arbeitern. Arbeiter, die mangels Lehre oder Ausbildung keine formale Qualifikation vorzuweisen hatten, sondern unmittelbar nach der Volksschule in das Erwerbsleben gestartet waren oder eine Lehre nach kurzer Zeit abgebrochen hatten, bildeten eine weitere Gruppe, die Gewerkschaften in der Regel fernblieb.

Ungelernte Arbeiter übten keinen bestimmten Beruf aus, sondern arbeiteten als regelrechte Vagabunden des Industriezeitalters in unterschiedlichen Stellungen, wechselten häufig den Arbeitsplatz und waren aufgrund ihrer niedrigen Qualifikation in der Regel leicht zu ersetzen.⁹¹ Ihr Leben war unbeständig, denn sie gehörten zu den ersten, die entlassen wurden, verdingten sich überhaupt häufig in befristeten Gelegenheitsjobs. Diese flüchtige Erwerbstätigkeit und ihre im Unterschied zu gelernten Arbeitern deutlich geringere Identifikation mit einem Beruf entzogen sie der Ansprache durch Gewerkschafter. Und sie ließen sich ungern in Disziplinen einbinden: „Ist er [der ungelernete Arbeiter] in seinem Ehrgefühl gekränkt, so wird ihn nichts abhalten aufzutumpfen und durch eigene Kündigung zu zeigen, dass er auch etwas frei und sich nichts bieten zu lassen brauche.“⁹² Mit diesem Trotz begegneten Ungelernte ihrer leichten Ersetzbarkeit

90 Vgl. Rosenbaum 1992, S. 289-292 (Zitat auf S. 289); Peukert 1987, S. 304-307.

91 Zu diesem Typus vgl. Peukert 1987, S. 157-167; Dehn 1929, S. 78-91.

92 Dehn 1929, S. 81 f.

im Produktionsablauf. Viele von den ungelernten, insbesondere jungen Arbeitern lebten für den Augenblick, besaßen keine langfristige Perspektive, keine Karriereaussicht.

Vieles ergab sich zufällig und war stets unbeständig. Die Ungelernten brauchten ihr Geld schnell für Vergnügungen aller Art auf. Schon die Aussicht auf frühzeitiges Geldverdienen hatte die meisten von ihnen ja von der Schulbank weg in das Erwerbsleben gelockt, in das „Heer der Handlanger, das innerhalb und außerhalb der Fabrik im Heranschaffen und Fortbringen von Gegenständen, im Putzen, Scheuern, Reinigen, im Zureichen und Verpacken, kurzum im Leisten jedes erforderlichen Hilfsdienstes Verwendung findet“⁹³. Und in der Tat verdienten sie zunächst mit Blick auf gleichaltrige Lehrlinge und Auszubildende auch besser und konnten eine eigenständige Existenz, außerhalb des elterlichen Haushalts, bestreiten. Jedenfalls machte sie all das – der häufige Arbeitsplatzwechsel, die geringe Identifikation mit einem Beruf oder einer Branche, Abneigung gegen Disziplin, frühe Emanzipation von elterlicher Autorität – für Gewerkschaften zu einer vergleichsweise schwer rekrutierbaren Gruppe. Ihre kurze Anwesenheit in einem Betrieb erschwerte den Kontakt mit Gewerkschaftern, sie begehrten keinen organisatorischen Ausdruck von Berufsstolz, mochten keine Autorität und auch kein mahnendes Wort des Vaters gebot ihnen, einer Gewerkschaft beizutreten.

Mit den Ungelernten war es im Grunde nicht viel anders als mit den Angestellten: Die Facharbeiter als typische Gewerkschaftsmitglieder grenzten sich von ihnen in ihrem Berufsstolz ab, bezogen aus ihrer höheren Qualifikation und oftmals bedeutsameren Stellung im Produktionsablauf ein Überlegenheitsgefühl. Auch in den Wohnverhältnissen und der Lebensweise drückte sich dieses Unterschiedsbedürfnis der gelernten Arbeiter gegenüber den ungelernten aus. Mit einer abgeschlossenen Lehre entstieg man zwar nicht der Arbeiterklasse. Jedoch ließ sich über Ordnung und Disziplin ein Unterschied ausdrücken: Arbeiterfamilien konnten sich nach unten abgrenzen, indem sie durch häufiges Putzen und Waschen auf Reinlichkeit achteten, eine „gute Stube“ unterhielten und das spärliche Mobiliar pflegten – mit dieser demonstrativen Sorgfalt erschlossen sie sich eine eigene, weitgehend unabhängige Quelle von Respekt und Selbstwert; in den Unterschichten herrschten ganz oft andere Wohnverhältnisse und Hygieneachtsamkeit, dort waren häufig die Betten nicht gemacht, Wäsche und Kleider schmutzig, Schränke wie Stühle heruntergekommen und in den Zimmern lag eine drückende Luft.⁹⁴ Insofern dürfte ihnen nicht gerade viel daran gelegen gewe-

93 Ebd., S. 87 f.

94 Vgl. ebd., S. 92 f.

sen sein, dass ungelernte Arbeiter massenhaft Mitglieder ihrer Organisation würden.

Jedenfalls: Die Arbeiterschaft war in sich vielfältig, lediglich geeint im Leiden an versperrten Wegen in höhere Gesellschaftsschichten. Während die eine Familie penibel auf Reinlichkeit der Wohnung und Kleidung achtete – so bescheiden diese auch sein mochten – und sich mit dem Besuch einer Volksbühne oder der Bibliothek kulturell interessiert und bildungsbeflissen gab, scherten sich andere Familien nicht um Ordnung und Anstand, vertrieben sich die freie Zeit viel lieber mit Müßiggang. Bei den Kindern dieser Familien zeigte sich der Abstand vielleicht am deutlichsten: Die einen lasen, tanzten und sangen, achteten auf adrette Kleidung, verzichteten auf Alkohol und Zigaretten, halfen im Haushalt der Eltern und verhielten sich sexuell züchtig; die anderen tranken und rauchten, vertrieben sich ihre Zeit in „wilden Cliquen“ auf der Straße, handelten sich aufgrund mangelnder Hygiene während sexueller Abenteuer immer wieder Geschlechtskrankheiten ein. Aufgrund der in sich fragmentierten Arbeiterschaft fiel es den Gewerkschaften auch schon in der Weimarer Republik nicht leicht, bereits geringfügig unterschiedliche Gruppen anzusprechen und zu organisieren. Ihr Integrationspotenzial war folglich schon damals, lange vor den krisenhaften 1980er Jahren, beschränkt.

Auch mit dem Nachwuchs des Arbeitsmarkts, mit Jugendlichen, haben die Gewerkschaften seit ewigen Zeiten ihre Probleme. Lehrlinge gerieten erst relativ spät in das Visier gewerkschaftlicher Rekrutierung, nachdem sie aus dem Schatten des Meisters hervorgetreten waren und ihre Berufsqualifikation erworben hatten. Zudem suchten die älteren Gewerkschafter zumeist die Blüte einer eigenständigen Jugendkultur in ihrer Organisation zu unterbinden, wohingegen sich viele Jugendliche allein von den politischen Inhalten der Gewerkschaften nicht sonderlich begeistern ließen und ohne sonstige Anreize fernblieben. Für die Gewerkschaften war das problematisch: Denn in den 1920er Jahren war der Arbeitsmarkt aufgrund der geburtenstarken Jahrgänge der Vorkriegszeit besonders jugendlich – in den Gewerkschaften bildete sich dieser Zustand jedoch nicht ab.

Und schließlich waren es mancherorts nicht einzelne Berufe, Branchen oder Altersgruppen, an denen die gewerkschaftlichen Rekrutierungsstrategien versagten, sondern ganze Regionen. Während des Kaiserreichs und der Weimarer Republik lagen solch unzugängliche Gebiete vor allem in Ostdeutschland, wo auf den Rittergütern noch vorsintflutliche Sozialhierarchien herrschten, die an frühneuzeitliche Verhältnisse erinnerten und im Vergleich zu anderen Landesteilen mehr als unzeitgemäß waren – namentlich Pommern, Ostpreußen und Schlesien, wo überhaupt nur sieben bis acht Prozent der Landarbeiter einer Gewerkschaft

angehörten.⁹⁵ In den ostelbischen Katen waren kaum Gewerkschaftsmitglieder zu finden. Die Junker, auf deren Gütern die Landarbeiter schufteten, betrieben *union busting*, den rigorosen Kampf gegen Gewerkschaften. Aber auch das Saarland nannte man „Saarabien“, eine aus Sicht der Gewerkschaften besonders ferne und unzugängliche Region.⁹⁶

Die Ankunft des Fordismus: „Nichts als Sausen und Arbeit“

Allerdings waren die Gesellschafts- und Wirtschaftsstruktur des Deutschen Reichs nach dem Ersten Weltkrieg für Gewerkschaften keineswegs eindeutig positiv oder negativ, sondern sowohl nachteilig als auch vorteilhaft. Zunächst zu den förderlichen Bedingungen: Erstens gab es eine zweifache Konzentration der Beschäftigung. Zum einen tummelten sich die Arbeitnehmer so stark wie nie in einzelnen Branchen – Metallbau, Bergbau und Chemie; und zum anderen vor allem in Großbetrieben.⁹⁷ Diese beiden Bereiche waren zugleich die Mitgliederhochburgen der Gewerkschaften. Zu ihnen hatten sie mit ihren Rekrutierungsstrategien Zugang gewonnen und profitierten infolgedessen von deren Wachstum. Jedoch wohnte zunächst nur ein Viertel aller Arbeiter in Großstädten, arbeitete nur ein Sechstel von ihnen in einem Großbetrieb.

Zweitens gab es einen technologischen Wandel, genauer: erhöhte sich der Grad der Mechanisierung. Zwischen 1925 und 1928 führten viele deutsche Betriebe das Fließband ein, an dem fortan Karosserien, Radios und Motoren montiert wurden. Diese fordistischen Produktionsmethoden aus den Vereinigten Staaten läuteten in Deutschland eine Zeit der technischen Rationalisierung ein. Die Fließbandmontage gefiel den meisten Arbeitern sogar, weil sie oftmals entlastete; weniger hingegen behagte der damit häufig verbundene Akkordlohn, das anstrengende Mithalten mit der Maschine. „Nichts als Sausen und Arbeit“⁹⁸, wie es seinerzeit hieß. Auch sonst ersetzten mechanische Geräte die Handarbeit und erleichterten und beschleunigten damit die Produktion: So waren vor dem Ersten Weltkrieg lediglich fünf Prozent der Kohle mit Bohrhämmern und Schrämmmaschinen gefördert worden, 1926 dagegen bereits zwei Drittel. Daneben kam Anfang der 1920er Jahre der Taylorismus auf, bei dem Firmen unter Zuhilfenahme wissenschaftlicher Erkenntnisse mit der geschickten Platzierung von Arbeitspausen experimentierten, um bei ermüdenden Arbeitsvorgängen die menschliche

95 Vgl. Winkler 1988, S. 99 ff.

96 Vgl. Schönhoven 1987: Gewerkschaften als Massenbewegung, S. 211.

97 Vgl. hier und folgend Winkler 1988, S. 22 ff., S. 33, S. 64–67 u. S. 73.

98 Zitiert nach ebd., S. 67.

Leistungskraft hoch zu halten. Der Produktivitätsanstieg war gewaltig: In den Weimarer Jahren erhöhte sich die Effektivität der deutschen Wirtschaft gegenüber der Vorkriegszeit beträchtlich: Ein Hochofen leistete 1927 doppelt so viel und Grubenarbeiter förderten 10.000 Tonnen mehr Kohle am Tag als noch 1913.

Und drittens benötigten die Maschinenparks zur Wartung und Bedienung immer mehr Facharbeiter – das damals bereits typische Gewerkschaftsmitglied also. Aufgrund von langen Einarbeitungszeiten und ihrer ständig wachsenden Vertrautheit mit dem Produktionsprozess innerhalb eines Unternehmens waren sie weitaus weniger leicht zu ersetzen als ihre un- oder angelernten Kollegen. Diese geringere Austauschbarkeit führte zu einer niedrigeren Häufigkeit des Arbeitsplatzwechsels,⁹⁹ damit jedoch zugleich zu einer festeren Gewerkschaftsbindung. So kapitalistisch die Unternehmen dieser Branchen auch geführt sein mochten, so wichtig waren sie doch für die gewerkschaftliche Stärke.

Die Gewerkschaften waren gefragt: Abhilfe in entbehrungsreichen Zeiten

Vieles mochte sich also durch Maschinen und elektrische Werkzeuge vereinfacht haben. Aber trotz aller Modernisierung waren die Arbeitsbedingungen für Arbeiter nach wie vor drückend, das Bedürfnis nach einem Einschreiten einer mächtigen Interessenvertretung daher weiterhin groß. Die Arbeitszeiten waren lang und der Urlaub kurz. In den 1920er Jahren kamen deutsche Arbeitnehmer im Vergleich zu Kollegen anderer Länder auf die längste Wochenarbeitszeit.¹⁰⁰ Große Teile der Industriebeschäftigten hatten keinen Achtstundentag, sondern malochten 48 oder 54 Stunden pro Woche – die 35-Stunden-Woche war noch Zukunftsmusik. Urlaub war äußerst schwer zu bekommen und lag überhaupt anfangs nur bei drei Tagen im Jahr; im Baugewerbe war er darüber hinaus an eine ununterbrochene Betriebszugehörigkeit von vierzig Wochen gekoppelt, die viele Arbeiter aufgrund häufiger Stellenwechsel gar nicht erreichten. In dieser Zeit kämpften Gewerkschaften daher vor allem um Arbeitszeitverkürzung.

Daneben waren die Arbeiter in den Betriebsstätten einer hohen Lärmbelästigung und vielerlei Gefahren ausgesetzt. Ein typisches Arbeitsumfeld der Weimarer Republik würde heutigen Arbeitsschutzexperten vermutlich die Haare zu Berge stehen lassen: Dazu gehörten eine lärmende Kakophonie aus den allgegenwärtigen Geräuschen von Dampfhämmern, Schmelzöfen und Sägen, dazu stechende Gerüche sowie Ruß und Rauch, ein militärisches Rangverständnis

99 Vgl. Peukert 1987, S. 153-156 u. S. 161 ff.

100 Vgl. hier und folgend Winkler 1988, S. 58-62.

durchsetzungsstarker Vorgesetzter, nicht zuletzt die ständige Angst vor der prompten Entlassung.¹⁰¹ Insbesondere Beschäftigte in Ziegel- und Porzellanfabriken, Bergleute und Metallschleifer arbeiteten unter großem Tuberkuloserisiko. Erst nach und nach wurden in den 1920er und frühen 1930er Jahren gefährliche Sulfate verboten. Die gesundheitszehrende Mühsal eines deutschen Arbeiters drückte sich im beklemmenden Ambiente der Industriegesellschaft des frühen 20. Jahrhunderts aus: triste Halden, verpestende Schlote, fahle Gesichter dürrer Gestalten. Und als wäre all das nicht genug, führte die andauernde Instabilität der deutschen Wirtschaft auch noch zu einem enormen seelischen Druck. Insbesondere die Kohle- und Stahlproduktion war während der 1920er Jahre stark krisenanfällig. Die Angst vor Entlassung machte viele Arbeiter gefügig, sich widerstandlos schlecht bezahlte Mehrarbeit aufbürden zu lassen.

Neben den Arbeits- waren auch die Lebensbedingungen der Arbeiterschaft geeignet, um ein großes Bedürfnis nach einer Schutzmacht zu wecken, die für Verbesserungen sorgte. Im Gegensatz zur zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts herrschten damals noch fundamentale Sorgen und Nöte, strebten die Menschen nach materieller Befreiung statt wie in den 1970er und folgenden Jahren nach postmaterieller Sinngebung. Die gegenwärtige Sozialgesetzlage der Bundesrepublik mag zwar aus Gründen des relativen Wohlstands den Betroffenen Sozialgeld- oder Hartz-IV-Empfängern Kopfzerbrechen bereiten, doch dürfte ihr materielles Niveau den Lebensstandard einer der besseren Arbeiterfamilien der 1920er Jahre bei Weitem übertreffen. Frauen durchlebten, zumindest in den frühen 1920er Jahren, besonders schwere Zeiten: Denn „der beste Teil ihres Lebens ist von Schwangerschaften, Wochenbetten- und Stillzeiten ausgefüllt, unterbrochen durch Fehlgeburten, eigene Krankheiten und solchen der Kinder, von denen sie viele vor der Reife wieder hinsterben sehen müssen“¹⁰². Außerdem mussten sie sich aufgrund der nahezu ständigen Abwesenheit des Mannes, der den ganzen Tag über arbeitete, und der traditionellen Rollenverteilung um den Haushalt und die Kinder kümmern. Arbeiterfamilien zogen zudem häufig um,¹⁰³ denn Arbeitsplatzwechsel, mehr oder weniger Geld für die Miete sowie der Zuwachs durch Kinder konnten schnell die Aufgabe der Wohnung erforderlich machen.

Das Haushaltseinkommen reichte in der Regel nur für die Aufrechterhaltung des täglichen Lebens; im Sparstrumpf wuchsen daher keine großen Summen heran, Eigentumswohnungen oder die Miete in einer Neubauwohnung waren meist unerfüllbare Träume. Die Räume waren spärlich eingerichtet, pro Zimmer,

101 Für diesen Absatz vgl. ebd., S. 36, S. 67 f., S. 94 f. u. S. 160 ff.

102 Zitiert nach ebd., S. 97.

103 Rosenbaum 1992, S. 165 ff.

oft auch pro Bett schliefen stets mehrere Kinder, auch unterschiedlichen Geschlechts. Kinder und Eltern wuschen sich in der Küche, weil es kein Badezimmer gab. Die Räume waren meistens nicht lichtdurchflutet, sondern düster. Die Wohnungsnot und das Quartierselend waren im Großen und Ganzen zwar rückläufig, doch noch ziemlich weit von den Wohnverhältnissen in der wirtschafts-verwunderten Bundesrepublik entfernt. Das Zentrum der Arbeiterwohnung war die Küche; dort befanden sich Heizung und Wasseranschluss; die Mutter kochte und wusch, die Kinder machten Schularbeiten, die Familie aß dort.¹⁰⁴

In diesen engen Wohnverhältnissen kam die Autorität der Eltern ganz besonders zur Geltung – erst Recht, solange die Kinder nichts zum Haushaltseinkommen beisteuerten. Für Arbeiter war aufgrund dieser erzwungenen Intimität und räumlichen Konzentration die Familie die politisch prägende Instanz. So konnte sich z.B. die sozialdemokratische Organisationsbindung des Vaters leicht auf den Sohn übertragen. Anschließend prägte nochmals der Betrieb, in den man als Proletarierkind nach dem Besuch der Volksschule bereits im Alter von vierzehn Jahren gelangte.¹⁰⁵ Während sich im Verlauf der Bundesrepublik die Ausbildungszeiten zunehmend verlängerten, lernten die Jugendlichen der Weimarer Republik bereits sehr früh die raue Arbeitswelt kennen. Dort machten die Arbeitnehmer sogleich die Erfahrung, einem gemeinsamen Schicksal ausgeliefert zu sein, was zusammen mit Plaudern, Scherzen und Schimpfen eine Gruppenidentität beförderte.¹⁰⁶

Dieses Bewusstsein, einer bestimmten Schicht der Gesellschaft anzugehören, festigte auch das Leben im Arbeiterquartier, in dem die zwischenmenschlichen Kontakte zwar nicht allzu emotional gewesen waren, jedoch die Nachbarn untereinander ganz oft dasselbe Schicksal teilten, mit denselben Problemen zu kämpfen hatten. Außerdem begegneten sich die Bewohner eines großstädtischen Arbeiterquartiers täglich im Treppengang, auf dem Hinterhof oder in der Kneipe, arbeiteten ganz oft im selben Betrieb. Aus der Erfahrung ihres eigenen Lebens wussten sie dann die Lebens- und Arbeitsbedingungen ihrer Nachbarn und Kollegen sehr gut einzuschätzen. So war es möglich, dass sich die Menschen auch trotz der weitgehenden Anonymität flüchtiger Nachbarschaftskontakte und des andauernden Austauschs der Quartiersbewohner „kannten“, einander nicht fremd waren und füreinander Verständnis aufbrachten. Auch das wirkte sich förderlich auf die Bindung an die Gewerkschaften aus, die sich ja den Kampf für soziale Rechte auf ihr Panier geschrieben hatten. Es war das Leben im sozialdemokra-

104 Vgl. hier und folgend Rosenbaum 1992, S. 173 f.; Winkler 1988, S. 151-155

105 Vgl. Winkler 1988, S. 160; Dehn 1929, S. 50 f.

106 Im Folgenden vgl. Ritter/Tenfelde 1992, S. 810-817.

tisch durchwirkten Arbeiterquartier, das die – positive – Einstellung zu den Gewerkschaften über mehrere Generationen fortschrieb, von Eltern zu Kindern regelmäßig reproduzierte, quasi vererbte.

Ferner profitierten die Gewerkschaften von der Bildungs- und Geldarmut ihrer Klientel. Denn auf dieser Grundlage schufen sie Angebote für bedeutsame Bedürfnisse der Arbeiter, gaben ihnen, was Staat und Gesellschaft ihnen vorenthielten. Dazu gehörte Bildung. Bildung war unter den damaligen Gesellschaftsverhältnissen ein Privileg des Bürgertums. Das Bürgertum nutzte Bildungszertifikate, um sich von proletarischen Schichten abzugrenzen und sich dadurch aufzuwerten. Gewerkschaften versuchten, diesen Mechanismus des gesellschaftlichen Unterschieds zu unterbrechen, indem sie die Arbeiter mit Kursen, Büchern und Theater bildeten. Damit glichen sie den kurzen Schulbesuch der meisten Arbeiter aus. Sie gaben ihnen Schulungen, stellten ihnen Bibliotheken zur Verfügung und ermunterten sie zur Lektüre wissenschaftlicher wie belletristischer Literatur.¹⁰⁷ Sie machten sich den Aufbau eines eigenständigen, gewissermaßen parallelgesellschaftlichen Kultur- und Bildungswesens mit Volkshochschulen, Volksbibliotheken und Volksbühnen zur Aufgabe, sodass auch die sozial benachteiligten Arbeiter wenigstens theoretisch bei genügender Anstrengung und Ambition mit anderen Schichten konkurrieren, gesellschaftlich und kulturell mithalten konnten. Die gravierend verschiedenen Besitzstände und Statuschancen, die in hohem Grad gesellschaftlich vorherbestimmt waren, halfen letztlich den Gewerkschaften, denn sie brachten ihnen Mitglieder.

Ganz ähnlich verhielt es sich im Bereich der Freizeitgestaltung. Heutzutage brauchen die Bürger keine Gewerkschaften mehr, um ihre Freizeit zu genießen, Spaß zu haben, sich zu erholen. Vor den 1960er Jahren, vor allem aber in der Weimarer Republik, war das jedoch völlig anders. Für besinnliche, abenteuerliche oder beschwingende Freizeiterlebnisse waren die Wohnungen zu klein, das Budget zu knapp. Für außergewöhnliche Freizeitaktivität brauchten die Menschen Organisationen wie die Gewerkschaften, weil sie zumeist privat nicht zu finanzieren und auch anderweitig nicht umzusetzen waren. Tanzen, Singen, Fußballspielen, Wandern, Zelten, Radfahren, Lesen oder Debattieren – all das machten zahllose Arbeiter in eigens geschaffenen Organisationen, die häufig von Partei- und Gewerkschaftsfunktionären organisiert und geleitet waren. Der Aufenthalt im örtlichen Gewerkschaftshaus war nichts Seltenes. Die Arbeiter strömten in die Freizeitorganisationen des sozialistischen Milieus nicht etwa aus politischem Interesse, sondern aus einem deutlich hedonistischen Anliegen: Spaß.

107 Vgl. Cassau 1925, S. 140-152; Winkler 1988, S. 131-134.

Im Vergleich zu vorangegangenen Jahrzehnten war in den 1920er und 1930er Jahren die Zahl von Arbeitern erheblich größer geworden, die sich in ihrer Freizeit im Sport- oder Taubenzüchterverein erholten, mit Politik jedoch kaum in Berührung kommen wollten, sich andere Aktivitäten oder gar Reisen aber nicht leisten konnten.¹⁰⁸ Je härter ihr Arbeitsalltag war, umso stärker waren sie in ihrer wenigen Freizeit an kurzweiliger Unterhaltung, an Spaß und Freundschaften, interessiert – sie wollten eben Fußball spielen und nicht Politik machen. In Vereinen suchten Arbeiter Geselligkeit und die Verstärkung der flüchtigen Kontakte aus dem Betrieb und Quartier.¹⁰⁹ Segeln, Kegeln, Rauchen, Abstinenz, Singen, Radfahren, Feuerbestattung – für einfach alles und jeden fand sich eine passende Organisation. Und wenn die Anwesenden dort von Funktionären angesprochen wurden, traten sie auch schnell in die Gewerkschaft ein und wählten die SPD. Insofern mochten die Gewerkschaften Vorfeldorganisationen der Partei gewesen sein; doch benötigten sie in Gestalt unterschiedlichster Vereine und Zusammenschlüsse ihrerseits ebenfalls Vorfeldorganisationen.

Obwohl dies eine Hochzeit des sozialistischen Organisationsmilieus war,¹¹⁰ deuteten sich bereits damals die Bruchlinien an, die zum Niedergang dieser Eigenwelt führten, aus deren Existenz die Gewerkschaften einen bedeutsamen Teil ihrer Mitglieder schöpften. Denn viele der Freizeitangebote hatten unter der – damals freilich nicht voraussehbaren – Bedingung eines über mehrere Jahrzehnte insgesamt steigenden Lebensstandards und Bildungsniveaus keine Zukunft: Schon damals wuchs die Zahl der Jugendlichen, die lieber ins Kino gingen, um zu Kriegs- und Kriminalfilmen für einen Moment die Sorgen des Alltags zu vergessen,¹¹¹ anstatt sich mit marxistischer Literatur abzumühen und an Partei- und Gewerkschaftsabenden teilzunehmen. Außerdem mochten junge Arbeiter Vereinen und Verbänden des sozialistischen Milieus angehören, doch sobald sie das nötige Geld dafür aufbringen konnten, nahmen sie auch gerne kommerzielle Freizeitangebote in Anspruch: „Freundesclique, Freizeitkommerz und Verbandsleben zusammen erst strukturierten jene freie Zeit, die den arbeitenden Jugendlichen in den zwanziger Jahren für unsere Maßstäbe noch recht knapp zur Verfügung stand.“¹¹²

108 Vgl. Winkler 1988, S. 127 u. S. 143 f.

109 Vgl. Ritter/Tenfelde 1992, S. 824-829.

110 Vgl. u.a. Walter, Franz/Denecke, Viola/Regin, Cornelia: Sozialistische Gesundheits- und Lebensreformverbände, Bonn 1991; Klenke, Dietmar/Lilje, Peter/Walter, Franz: Arbeitersänger und Volksbühnen in der Weimarer Republik, Bonn 1992.

111 Vgl. Winkler 1988, S. 137 ff.

112 Peukert 1987, S. 307 f.

Vor allem war den Arbeitern die weltanschauliche Position der Organisationsleitungen nicht heilig genug, um sie bei Bedarf dem persönlichen Freizeitinteresse unterzuordnen. Das zeigte sich am stärksten im Arbeitersport. Während es den Arbeitern darum ging, in der Freizeit Erfolge zu feiern, Triumphgefühle auszukosten, die im sonstigen Leben, insbesondere im Job, ausblieben, suchten die sozialistischen Theoretiker den Aspekt von Konkurrenz und Wettkampf innerhalb der Arbeiterklasse einzudämmen – ihrem Ideal nach sollten die Angehörigen derselben Gesellschaftsklasse nicht untereinander wetteifern, sondern Solidarität praktizieren.¹¹³ Aber bei vielen jungen Arbeitern spiegelte sich der „Geist des ganz auf den Kampf der Konkurrenz gestellten Zeitalters wider“¹¹⁴. Im Sport konnten sie mit körperlicher Leistung für die Dauer eines Augenblicks ausnahmsweise an der Spitze stehen, auch die Angehörigen höherer Sozialschichten überragen. Von der Unduldsamkeit der Arbeiterorganisationen ließen sich die Arbeiter jedoch nicht beeindrucken und wandten sich dem ideologischen Gegner zu, den bürgerlichen Verbänden.

Hier offenbarten sich bereits die Grenzen der Bindungskraft des Milieus, kündigten sich zukünftige Probleme an. Ohnehin ließen sich damals schon nicht alle jungen Arbeiter von den Freizeitangeboten der Arbeiterorganisationen sonderlich begeistern: Viele Arbeiter suchten für ihre Freizeit nicht den Kontakt zu Organisationen, sondern vergnügten sich auf eigene Faust. So ging etwa der junge Maurer am Wochenende „nach Saasa zum Dielenbetrieb“, machte „manchen Huschler“, um anschließend seine „Mausi“ nach Hause zu schaffen und „ihr noch ein Andenken vom Sonntag“ zu geben.¹¹⁵ Einstweilen kam den Arbeitervereinen und -verbänden überdies der vergängliche Umstand einer noch am Anfang ihrer Expansion stehenden Medienvielfalt gegenüber: Erschwingliche und erfüllende Freizeitangebote waren erst allmählich einer wachsenden Zahl von Menschen, vor allem eben den unteren Einkommensschichten, zugänglich. Gegen Ende der 1920er Jahre hatten sich Rundfunk und Film dagegen bereits weiträumig verbreitet und sorgten erstmals für die andauernde Verfügbarkeit von Kultur, auch für minderbemittelte Schichten, die bis dahin wohlhabenderen und gebildeteren Sozialgruppen vorbehalten war.¹¹⁶ Dieser Umstand dürfte den Niedergang der Gewerkschaften in den frühen 1930er Jahren zumindest nicht aufgehalten haben. Aber der Zusammenhang war unverkennbar: Je mehr Gesell-

113 Vgl. Geiges, Lars: Fußball in der Arbeiter-, Turn- und Sportbewegung. Ein zum Scheitern verurteiltes Spiel?, Stuttgart 2011.

114 Dehn 1929, S. 42.

115 Zitiert nach Peukert 1987, S. 298.

116 Vgl. Winkler 1988, S. 138 f.

schaft und Staat den Arbeitern boten, desto weniger waren diese auf ausgleichende Organisationen angewiesen.

*

Die 1920er Jahre waren für die Gewerkschaften ein Jahrzehnt der Extreme – gekennzeichnet durch den abrupten Zuwachs von Organisations- und Politikmacht und dem Exitus 1933. Zu Beginn erhielten sie infolge des politischen Systembruchs, zugespitzt: dem Wechsel von der Monarchie in die Demokratie, enormen Zulauf von Arbeitnehmern, die einen politischen Machtgewinn der Gewerkschaften erwarteten und als deren Mitglieder davon profitieren wollten. Außerdem war ihr Status als anerkannter Verhandlungspartner der Arbeitgeberseite noch nie so einflussreich gewesen wie nach 1918. Doch der große Gewinn von Mitgliedern und politischer Macht verflüchtigte sich bis zum Ende der Weimarer Republik. Viele Arbeitnehmer wandten sich enttäuscht ab, da ihnen die Gewerkschaften keine Lohnerhöhungen und Jobs gebracht hatten, sie stattdessen dem „wilden Spiel der Konjunkturen“¹¹⁷ ausgeliefert waren.

Die Jahre der Weimarer Republik waren für viele Bürger offenbar dermaßen entbehrungsreich und enttäuschend gewesen, dass sie sicheren Arbeitsplätzen den Vorzug gegenüber persönlichen Freiheiten gaben und im „Dritten Reich“ hierfür sogar staatliche Unterdrückung erduldeten.¹¹⁸ Zunehmend hatte überdies der Staat im Verlauf der Weimarer Jahre die Löhne im Verfahren der Zwangsschlichtung festgelegt – die Arbeitgeber, nicht die Gewerkschaften schienen über politische Durchsetzungskraft zu verfügen, die anfängliche Sozialpartnerschaft hatte sich in eine Sozialkonfrontation umgekehrt, in der die Arbeitgeber- die Arbeitnehmerseite als Verursacher untragbarer Löhne und Lohnnebenkosten darstellte.¹¹⁹ Und am Ende gingen die Gewerkschaften mit der Demokratie unter, wurden aufgelöst und in die nationalsozialistische *Deutsche Arbeitsfront* über-

117 Heimann 1926, S. 292.

118 Vgl. dazu Dunk, Hermann W. von der: Kulturgeschichte des 20. Jahrhunderts, Bd. II, Frankfurt am Main u.a. 2004, S. 150; Broszat, Martin: Der Staat Hitlers. Grundlegung und Entwicklung seiner inneren Verfassung, München 1978, S. 206 f.; Frei, Norbert: Der Führerstaat. Nationalsozialistische Herrschaft 1933 bis 1945, München 1987, S. 93 ff.

119 Vgl. Potthoff 1987, S. 87-93; Ritter, Gerhard A.: Arbeiter, Arbeiterbewegung und soziale Ideen in Deutschland. Beiträge zur Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, München 1996, S. 88; Weber 2010, S. 766-819.

führt; viele ihrer Funktionäre mussten in die Emigration fliehen, wurden verfolgt, gemartert, ermordet.

WIEDERGRÜNDUNG ALS ARBEITERORGANISATION: GEWERKSCHAFTEN IN DEN 1950ER JAHREN

Rhetorische Sozialisten: Institutions- und Politikmacht

Wie schon 1918/19 konnten die Gewerkschaften in der neuerlichen Umbruchzeit nach dem Zweiten Weltkrieg und dem Kollaps des NS-Regimes ihren politischen Einfluss ausdehnen. Dabei halfen ihnen Schwung und Feierlichkeit des Neubeginns, die lagerübergreifende Suche nach einer gemeinschaftlichen Grundlage und die Bereitschaft, nach der Erfahrung der nationalsozialistischen Machtergreifung und dem Erlebnis der NS-Diktatur weltanschauliche Gegensätze zu überbrücken, einer Zusammenarbeit gegenüber aufgeschlossen zu sein. Das war die „selbstverständliche Lehre aus den zwölf Jahren der Nacht und des Terrors“¹²⁰. Ihrem politischen Programm gemäß strebten sie nach einem Sozialismus und schienen insofern der marktwirtschaftlichen Ordnung der Bundesrepublik eher ablehnend gegenüberzustehen. Doch ganz im Gegensatz dazu verhielten sie sich kooperativ und stabilisierten dieses System, das schon bald als „Wirtschaftswunder“ charakterisiert wurde. Die extremistisch anmutende Sozialismus-Forderung war zeitgenössischen, vorübergehenden Umständen geschuldet.¹²¹ Denn nach dem Zweiten Weltkrieg und dem Nationalsozialismus, die das Sozial- und Wirtschaftssystem Deutschlands zerrüttet hatten, bedurfte der Sozialismus als Gesellschaftsalternative keiner Rechtfertigung und Erklärung, sondern war eine selbstverständlich legitime Alternative. In der gewerkschaftspolitischen Praxis spielte er freilich kaum eine Rolle. Dies hatte jedoch den Nachteil, dass die westdeutschen Gewerkschaften ein ständiger Widerspruch aus rhetorischem Antikapitalismus und praktischem Beitrag zur Systemstabilität innerhalb kapita-

120 Abendroth 1954, S. 37.

121 Vgl. Lademacher, Horst: Neuer Wein und neue Schläuche? Bemerkungen zum Gleichklang europäischer Gewerkschaftsproblematik, in: Langeveld, Herman J. et al. (Hg.): Zwischen Wunsch und Wirklichkeit. Die belgischen, niederländischen und westzonalen deutschen Gewerkschaften in der Phase des Wiederaufbaus 1945-1951, Münster 1994, S. 11-56, hier S. 22.

listischer Strukturen kennzeichnete.¹²² Doch beeinträchtigte dieser Aspekt kaum ihren schnell wachsenden Einfluss im politischen System der Bundesrepublik.

Organisation der Arbeiterschaft: Politik, Leistungen und Mitgliedschaft

Statt für eine sozialistische Gesellschaft zu kämpfen, bauten die Gewerkschaften rasch eine schlagkräftige Organisation auf; statt auf utopische Fernziele konzentrierten sie sich auf handfeste Verbesserungen der Arbeitsbedingungen für eine möglichst große Zahl von Bürgern (z.B. den Achtstundentag und die Fünftagewoche) und darauf, die Beschäftigten am Wirtschaftswachstum teilhaben zu lassen.¹²³ Damit knüpften sie an ihre Politik vor 1933 an, die bis ins wilhelminische Kaiserreich zurückreicht. Sie griffen eine Tradition auf und bewegten sich innerhalb herkömmlicher Pfade eines pragmatischen Arrangements mit einem politischen und wirtschaftlichen System, das ihren Idealen eigentlich nicht entsprach und das sie der weltanschaulichen Treue wegen hätten ablehnen müssen. Doch weshalb hätten sie letzteres tun sollen? Der Bundeskanzler mochte zwar kein Sozialist sein, doch war er bei Weitem kein Gewaltherrscher oder eine Marionette der Wirtschaft, die alsbald einen radikalen Kapitalismus entfesseln würde.

Nein, Adenauer suchte den Kontakt zu den Gewerkschaften, versuchte, ihre Interessen zu berücksichtigen und nutzte am Ende die Einnahmen des Wirtschaftswachstums, um auch der Gewerkschaftsklientel, die zugleich einen beträchtlichen Teil seiner Wählerschaft ausmachte, zufriedenzustellen. Davon wiederum profitierten auch die Gewerkschaften, die aus der Sicht ihrer Zielgruppe ganz offenbar politischen Einfluss ausübten und für ständige Verbesserungen der Lebens- und Arbeitsbedingungen sorgten. Sozialer Wohnungsbau, stabile Kaufkraft des Geldes und der Ausbau der sozialen Sicherung ließen die Erinnerung an sozialistische Alternativwelten verblassen und erleichterten es den Gewerkschaftern, sich auf die Lohnpolitik zu konzentrieren.

Zunächst profitierten die Gewerkschaften von der postnationalsozialistischen Parteimüdigkeit der Westdeutschen. Viele Arbeitnehmer, so die Vermutung

122 Vgl. Wiesenenthal, Helmut/Clasen, Ralf: Gewerkschaften in Politik und Gesellschaft: Von der Gestaltungsmacht zum Traditionswächter?, in: Schroeder/Weßels (Hg.) 2003, S. 296-322, hier S. 301 f.

123 Vgl. Lademacher 1994, S. 16-19; Müller, Werner: Die Gründung des DGB, der Kampf um die Mitbestimmung, programmatisches Scheitern und der Übergang zum gewerkschaftlichen Pragmatismus, in: Hemmer/Schmitz (Hg.) 1990, S. 85-147, hier S. 142-147; Schönhoven 2003, S. 53.

Wolfgang Abendroths, schlossen sich einer Gewerkschaft an, weil sie politischen Parteien misstrauten und sie infolge der Einparteienherrschaft der NSDAP für diskreditiert hielten.¹²⁴ Danach hätte das Mitgliederwachstum folglich zu einem Teil auf einer weitverbreiteten Parteienskepsis der Bevölkerung beruht. Ein weiterer Faktor, so erneut Abendroth, habe in dem Gefühl der Beschäftigten bestanden, durch Streiks am Geschehen besonders beteiligt zu sein sowie durch Kampfabstimmungen einer besonders demokratischen Organisationswelt anzugehören. Dieser Deutung zufolge wären Gewerkschaften ein politiknaher Ersatz für die beargwöhnten Parteien gewesen.

Auch die strengen Hierarchien und Verhältnisse am Arbeitsplatz spielten den Gewerkschaften zu. In den 1950er und 1960er Jahren, hier ebenfalls ähnlich wie im Kaiserreich und der Weimarer Republik, konnten die Gewerkschaften noch gegen ganz eklatante Missstände einschreiten. In diesen offenkundig rauen Zeiten bot die Gewerkschaft Schutz vor grobem Unrecht und fahrlässiger Gefährdung, konnte man mit ihrer Hilfe eine drastische Verbesserung der Arbeitssituation im Betrieb erfahren, kümmerten sich die Funktionäre um die Einhaltung von Standards, die aus heutiger Sicht banal, damals aber keineswegs selbstverständlich waren. Beispielsweise ging es um das Verbot von Kinderarbeit und die Abschaffung eines üblichen Arbeitstags in zweistelliger Stundenhöhe oder der Sonntagsarbeit. Bereits die Arbeiterführer August Bebel und Carl Legien hatten Ende des 19., Anfang des 20. Jahrhunderts um die große Bedeutung solch fundamentaler, jedoch profaner Ziele, der „Arbeit für oft nur sehr geringe augenblickliche Verbesserungen“, gewusst.¹²⁵ Mit anderen Worten: Die Gewerkschaften waren stark in Zeiten, als Lehrlinge noch Hiebe des Meisters einstecken mussten, kaum etwas zu essen bekamen und über ihre reguläre Arbeitszeit hinaus den Boden zu fegen hatten. Hier konnten die Gewerkschaftsfunktionäre zu ihren Klienten noch eine fürsorgliche Beziehung aufbauen, als Spender von Mitgefühl und Hilfe auftreten. Ihre Arbeit erbrachte spürbare Resultate, die den Nutzen einer Gewerkschaftsmitgliedschaft deutlich sichtbar machten. Der Kampf gegen dringliche Probleme des Berufsalltags verlor jedoch mit den politischen Erfolgen der Gewerkschaften an Substanz und Ausstrahlungskraft. Je stärker das Benachteiligungsgefühl der Arbeiter in der Bundesrepublik zurückging und die Ansprüche aus einer größer werdenden Zufriedenheit heraus und von einem immer höheren Niveau wuchsen, desto schwächer wurde die Bindung an die Gewerkschaften.

124 Vgl. Abendroth 1954, S. 50 ff.

125 Vgl. Varain 1956, S. 13 ff. (Zitat auf S. 24).

Was die Mitgliederentwicklung anbelangte, so knüpften die Gewerkschaften an die Zeit der Weimarer Republik an. Auch nach dem Krieg spezialisierten sie sich wieder auf Facharbeiter, die insoweit zu einer Traditionsklientel wurden. Im Jahr 1950 waren von rund 5,5 Mio. Mitgliedern 4,5 Mio. Arbeiter, hingegen nur ca. 625.000 Angestellte und 360.000 Beamte, was einem Arbeiteranteil an der Mitgliedschaft von 81 Prozent entsprach. Im Verlauf der 1950er Jahre änderte sich an der Zusammensetzung der DGB-Mitgliedschaft nicht viel: 1955 lag der Arbeiter-Anteil bei 82 Prozent (fünf von 6,1 Mio.), 1959 bei achtzig Prozent (5,1 von 6,3 Mio.).¹²⁶ Das hatte seinen Grund vor allem in der Prägekraft der Gründungsgruppe. Nach 1945 erfolgte der Wiederaufbau der Gewerkschaften nicht durch gemeine Arbeiter ohne jegliche Organisationserfahrung. Vielmehr führten ihn einstmalige Funktionäre durch, die bereits in der Weimarer Republik die Geschicke der Organisation gelenkt hatten. Zwar schafften sie die Richtungs-gewerkschaften zugunsten von parteiübergreifenden Einheitsgewerkschaften ab und entschieden den langjährigen Widerstreit der beiden konkurrierenden Organisationsprinzipien, dem Berufs- und dem Branchenverband, zugunsten letzterem. Doch insgesamt rekonstruierten sie die Organisationen, in denen sie groß geworden waren, die sie kannten und die ihnen die Nationalsozialisten geraubt hatten. Die bedeutsamsten Weichenstellungen und Organisationsprinzipien waren Elitenbeschlüsse, von wenigen Vorständen getroffen.¹²⁷ Mit ihrer Organisationserfahrung setzten sie binnen kurzer Zeit ihre persönlichen Organisationsvorstellungen durch und trafen Entscheidungen, die das Schicksal der Gewerkschaften auf Jahrzehnte hinaus bestimmten.

Vor allem aber waren Gewerkschaften für viele Arbeitnehmer Organisationen, die zur persönlichen Wohlstandssteigerung beitrugen. In den Augen der „Zusammenbruchsgesellschaft“¹²⁸, die nach Jahren extremer Erfahrungen nun Ordnung und Normalität begehrte, wirkten sie am Wiederaufbau und der Rückkehr zu wirtschaftlicher Blüte mit. Das war wichtig. Denn die westdeutsche Bevölkerung war im ersten Nachkriegsjahrzehnt beseelt von einem Leistungsdrang, einem „ambitiöse[n] Zeitgeist der Tüchtigkeit“¹²⁹, der sie antrieb, sich aus eige-

126 Siehe Hemmer/Schmitz (Hg.) 1990, Tabelle 1/S. 463.

127 Mielke, Siegfried: Die Neugründung der Gewerkschaften in den westlichen Besatzungszonen 1945 bis 1949, in: Hemmer/Schmitz (Hg.) 1990, S. 19-83, hier S. 35 ff. u. S. 48 ff.

128 Schwaabe, Christian: Die deutsche Modernitätskrise. Politische Kultur und Mentalität von der Reichsgründung bis zur Wiedervereinigung, München 2005, S. 409.

129 Zahn, Ernest: Soziologie der Prosperität. Wirtschaft und Gesellschaft im Zeichen des Wohlstandes, München 1964, S. 20; vgl. auch Braun, Hans: Das Streben nach

ner Kraft Sicherheit und Wohlstand zu schaffen. In mehreren Konsumwellen – der „Fress-“, „Bekleidungs-“, „Wohn-“, „Reise-“ und „Motorisierungswelle“ –,¹³⁰ die allesamt in einem starken Bedürfnis nach steigenden Löhnen und Gehältern mündeten, äußerte sich eine stark materialistische Orientierung. Bis in die 1970er Jahre nutzten die Gewerkschaften die florierende Wirtschaft, um die Menschen an diesen Gewinnen teilhaben zu lassen, und empfahlen sich den Arbeitnehmern damit als Organisationen, die scheinbar verlässlich den Aufstieg der Unternehmen mit denen der Erwerbstätigen verknüpften.

AUF DEM WEG IN DIE WAGENBURG: GEWERKSCHAFTEN IN DEN 1960ER JAHREN

Auch in den 1960er Jahren verkoppelten die Gewerkschaften einen Großteil der Arbeitnehmer mit dem Aufstieg der deutschen Wirtschaft. Ihre Tarifpolitik gründete auf der „Meinhold-Formel“ (benannt nach einem Frankfurter Volkswirtschaftswissenschaftler), die für eine „angemessene Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivitätszuwachs“¹³¹ sorgen sollte, somit eine faire Teilhabe der Beschäftigten am Produktionserfolg bezweckte. Gründe, furchtbar unzufrieden mit der Leistungskraft der Gewerkschaften zu sein, hatten die meisten Beschäftigten damals jedenfalls nicht. Erst am Ende des Jahrzehnts regte sich Unmut, der sich sporadisch in nicht genehmigten, „wilden“ Streiks äußerte. Als damals den Gewerkschaften stellenweise die Kontrolle über ihre Klientel entglitt, zeigte sich, wie anfällig das Loyalitätsverhältnis in Wirklichkeit war.

Im Herbst 1969 streikten etliche Belegschaften von Unternehmen im Ruhrgebiet für eine angemessene Beteiligung an den offenkundig großen Gewinnen ihrer Arbeitgeber – sie taten dies ohne die Legitimation der Gewerkschaften, je-

„Sicherheit“ in den 50er Jahren. Soziale und politische Ursachen und Erscheinungsweisen, in: Archiv für Sozialgeschichte, Jg. 18/1978, S. 281-306; Tenbruck, Friedrich H.: Alltagsnormen und Lebensgefühle in der Bundesrepublik, in: Löwenthal, Richard/Schwarz, Hans-Peter (Hg.): Die zweite Republik. 25 Jahre Bundesrepublik Deutschland – eine Bilanz, Stuttgart 1974, S. 289-310, hier S. 296.

130 Sontheimer, Kurt: Die Adenauer-Ära. Grundlegung der Bundesrepublik, München 1991, S. 88.

131 Kädler, Jürgen: Tarifpolitik und tarifpolitisches System in der Bundesrepublik, in: Schroeder/Weßels (Hg.) 2003, S. 344-375, hier S. 353.

doch unter Anleitung von Gewerkschaftsfunktionären.¹³² Diese „wilden“ Streiks boten einen Vorgeschmack auf die 1970er Jahre, in denen sich die Unzufriedenheit der Gewerkschaftsmitgliedschaften noch vermehrte. Erstmals ergab sich hier für die Gewerkschaften das Dilemma, widersprüchlichen Erwartungen – denen der Arbeitgeber auf Ruhe und Ordnung sowie denen der Arbeitnehmer auf angemessene Lohnsteigerungen – genügen zu müssen. Streiken letztere zu oft, sieht die Arbeitgeberseite keinen Sinn mehr, mit ihnen zu verhandeln; sind sie allzu zurückhaltend, kehren ihnen die unzufriedenen Arbeitnehmer den Rücken zu.

Daher kam es immer wieder in der deutschen Geschichte zu diversen Konjunkturphasen gewerkschaftlicher Organisationsstärke, in Abhängigkeit ihres Konfliktverhaltens, ihrer Lust zu streiken. Zumeist war es so: Die Beschäftigten schlossen sich der Gewerkschaft an, um von den Leistungen ihres Apparats zu profitieren, Streikgelder und Rechtsbeistand in Anspruch zu nehmen. Die Gewerkschaft hingegen versuchte, so wenig wie nötig für Streiks zu mobilisieren, um ihre Tariffähigkeit zu verbessern, die Anerkennung der Arbeitgeberseite zu erwirken. Im Verlauf der Zeit war der konkrete Nutzen einer Gewerkschaftsmitgliedschaft für viele Mitglieder jedoch nicht mehr sichtbar, die persönliche Betroffenheit nahm infolge der Streikvermeidung ab. Und so wuchs ihre Unzufriedenheit mit den gewerkschaftlichen Verhandlungsergebnissen, ohne dass sie irgendeinen anderen Vorzug in der Mitgliedschaft sahen – und sich folglich wieder von der Organisation abwandten. Missglückte der Balanceakt der Gewerkschaftszentralen, drohten somit sowohl die Arbeitgeber wie auch die Arbeitnehmer das Interesse an starken Gewerkschaften zu verlieren.

Was die Mitgliedschaft insgesamt betraf, so deutete sich eine Abkopplung der Gewerkschaften vom Arbeitsmarkt an. Denn die meisten Gewerkschaften besaßen eine proletarische Ausstrahlungskraft und waren dadurch gleichermaßen für Akademiker wie Angestellte wenig anziehend. Schon allein der Vorstand der IG Metall z.B. war in den 1950er, 1960er und 1970er Jahren von seinen sozialen Merkmalen her weit von der bundesdeutschen Gesellschaft entfernt. Fast alle Angehörigen waren Arbeiterkinder, über die Volksschule nicht hinausgekommen, geprägt durch ein sozialdemokratisches Elternhaus und eigene frühe Kontakte mit Partei und Gewerkschaft; die meisten von ihnen hatten einen typischen Arbeiterberuf erlernt, waren Schlosser und Werkzeugmacher oder hatten eine andere Ausbildung im Industriebereich absolviert; anschließend waren sie Ju-

132 Vgl. Klönne, Arno/Reese, Hartmut: Zeiten des Umbruchs – Die Gewerkschaften unter der Großen Koalition, in: Hemmer/Schmitz (Hg.) 1990, S. 249-279, hier S. 273-278.

gendfunktionäre und Betriebsräte geworden, nach 1933 in Haft geraten oder arbeitslos geworden, einige hatten in Konzentrationslagern gelitten; nach 1945 bauten sie die Gewerkschaften wieder auf, wurden Betriebsratsvorsitzende, 1. Bevollmächtigte und rückten dann in den geschäftsführenden Vorstand auf.¹³³ Dort führten folglich Charaktere die Organisation, die im Kaiserreich geboren waren, die Propagandaschlachten und Ideologiekämpfe der Weimarer Republik erlebt und geschlagen hatten, die anschließend im Nationalsozialismus verfolgt worden waren.

Diese Vorstandsmitglieder – selbiges galt für die meisten Bezirksleiter – waren anachronistisch, entsprachen nicht den Arbeitnehmern, die in den 1940er Jahren überhaupt erst zur Welt gekommen waren und nun auf den Arbeitsmarkt nachrückten. Sie kannten den Arbeitsmarkt der 1920er Jahre, hatten extreme Erfahrungen gemacht – Hungerwinter, Hyperinflation, NS-Martyrium, Krieg. Für sie war z.B. Organisationsloyalität eine Angelegenheit, die nötigenfalls mit dem Tod bezahlt wurde. Kaum jemand aus den jüngeren Kohorten brachte dagegen eine solche, schicksalsgestählte, Organisationsbindung auf. Sowohl 1960 (5,1 Mio. Arbeiter von 6,4 Mio. Mitgliedern) als auch 1965 (5,2 von 6,6 Mio.) waren die Anteile der Arbeiter an der gesamten Gewerkschaftsmitgliedschaft mit rund achtzig und 79 Prozent im Vergleich zum vorangegangenen Jahrzehnt nahezu unverändert hoch.¹³⁴ Auch 1969 lag der Arbeiteranteil noch bei 75 Prozent. Doch Gesellschaft und Arbeitsmarkt veränderten sich. Frauen im Alter von zwanzig bis vierzig Jahren drängten in die Erwerbstätigkeit; aufgrund der rasanten Mechanisierung in Form von Traktoren und Melkmaschinen suchten viele Landwirtschaftsbeschäftigte ihr Heil in der Industrie; Jobs entstanden hingegen im Dienstleistungsbereich, z.B. bei Banken und Versicherungen – prozentual wuchs die Beschäftigung nicht mehr auf dem Acker, in der Werkstatt oder im Stollen, sondern auf den Bürofluren.¹³⁵ Die Gewerkschaften hielten mit diesen Entwicklungen nicht Schritt, rekrutierten nicht in ähnlichem Maße Frauen, Angestellte, Dienstleistungsbeschäftigte. Gleichwohl gehörten ihnen kontinuierlich mehr Menschen an; von 1950 bis 1970 war die Mitgliederzahl absolut von 5,5 Mio. auf 6,7 Mio. um etwa 1.263.000 Menschen gestiegen. Sicherlich lag dies an den

133 Vgl. hierzu Merkel, Felicitas (Bearb.): Die Industriegewerkschaft Metall in den Jahren 1956 bis 1963, Frankfurt am Main 1999, S. XXVI-XXXII.

134 Siehe Hemmer, Hans-Otto/Schmitz, Kurt Thomas (Hg.): Geschichte der Gewerkschaften in der Bundesrepublik Deutschland. Von den Anfängen bis heute, Köln 1990, Tabelle 1/S. 463.

135 Vgl. hierzu Schildt, Axel: Die Sozialgeschichte der Bundesrepublik Deutschland bis 1989/90, München 2007, S. 18 ff. u. S. 30-38.

allgemein günstigen Wirtschaftsverhältnissen, dem zeitweisen Mangel an Arbeitskräften, der den Arbeitnehmervertretungen eine große strukturelle Macht verlieh, wie sie sich seit dem darauffolgenden Jahrzehnt nicht mehr einstellte. Die 1960er Jahre über herrschte Vollbeschäftigung, selbst die höchste Arbeitslosenquote dieses Jahrzehnts betrug (1967) nur etwas mehr als zwei Prozent.

ENTFREMUNG VOM ARBEITSMARKT: GEWERKSCHAFTEN IN DEN 1970ER JAHREN

Mit Schmidt an der Hausbar: Politik- und Institutionsmacht

Spätestens in den 1970er Jahren, noch vor dem historischen Höchststand der Mitgliederzahl und nicht hingegen erst in den 1980er oder 1990er Jahren, begann die Krise der Gewerkschaften – eng angelehnt an das Ende einer fortwährend prosperierenden Wirtschaft. Dies zeigte sich auf mehreren Feldern. Zunächst in der Politik: Unter der Kanzlerschaft Helmut Schmidts entfremdeten sich Gewerkschaften und SPD einander politisch.¹³⁶ Die IG Metall rief zum „Widerstand gegen Sozialabbau“ auf, viele sagten sich: „Das Maß ist voll.“ Hatte Eugen Loderer den Bundeskanzler in Briefen gewöhnlich in der Abrede „Dein Dir sehr ergebener Eugen“ begrüßt, so schrieb der IG-Metall-Chef (1972-1983) später im Zorn über die sozialdemokratische Regierungspolitik ein vielsagendes „Hochachtungsvoll, Eugen Loderer, Vorsitzender der IG Metall“.¹³⁷ In der Regierungsverantwortung mussten die Sozialdemokraten lernen, mit chronisch unzufriedenen Gewerkschaftern zu leben. Bereits während der Großen Koalition waren die Gewerkschaften höchst enttäuscht von der SPD-Politik.¹³⁸

Ein wenig erinnert diese wechselhafte Beziehung an den Bruch von SPD und Gewerkschaften im Zuge der Agenda 2010 während Gerhard Schröders Kanzlerschaft. Doch im Unterschied zu den 2000er Jahren waren die Gewerkschaften in den 1970er Jahren noch personell eng mit der SPD verflochten. In der damaligen sozialdemokratischen Bundestagsfraktion gab es eine verhältnismäßig große Zahl von einflussreichen Abgeordneten wie Adolf Schmidt oder Hermann Rappe, bei denen die Zugehörigkeit zur Gewerkschaft nicht eine bloß formale war, sondern jene zur Partei mithin überlagerte. Als Köpfe von Kommissionen und

136 Vgl. Schneider 1989, S. 360-365.

137 Zitiert nach Scheytt, Stefan: Geschichte geschrieben, in: Mitbestimmung, H. 1-2/2010, S. 43-45.

138 Vgl. Klönne/Reese 1990, S. 267-270.

Mitglieder von Parlamentsnetzwerken konnten bedeutende Gewerkschaftsrepräsentanten die Gesetzgebung unmittelbar beeinflussen und erhielten Informationen über politische Vorgänge aus erster Hand.¹³⁹ Heute hingegen würden sich hochrangige SPDler nicht mehr wie einst Bundeskanzler Schmidt und Arbeitsminister Walter Arendt an der Hausbar eines Gewerkschaftsvorsitzenden, damals Adolf Schmidt, treffen, um Gesetze zu besprechen und ein gemeinsames Vorgehen zu verabreden. In der sozialdemokratischen Regierungszeit von 1966 bis 1982 gab es zwar reichlich Spannungen zwischen SPD und Gewerkschaften, jedoch keinen offenen Bruch, keine meilenweit auseinanderliegenden Politikentwürfe wie in den 2000er Jahren, allenfalls vorübergehenden Missmut. Dennoch offenbarte sich auch damals schon die Zerbrechlichkeit der Partnerschaft beider historischen Stützpfeiler der Arbeiterbewegung.

Hingegen veränderte sich in den Betrieben die gewerkschaftliche Machtgrundlage schon deutlicher. Die Ergebnisorientierung der Betriebsräte gegenüber den Gewerkschaften ließ nach, schlug mancherorts sogar in eine offene Konfrontation um.¹⁴⁰ Das war auch eigentlich kein Wunder, denn zentralistisch ausgerichtete Gewerkschaften wie die IG Metall, in der sich die Macht in der Zentrale konzentrierte und die Gewerkschaftsfunktionäre in politischen Belangen stets Vorrang gegenüber den Belegschaftsvertretern beanspruchten, hatten all jenen Betriebsräten kein Konzept anzubieten, deren Produktionsstätten in der hereinbrechenden Wirtschaftskrise schlagartig mit Rationalisierungs- und Entlassungswellen befasst waren.¹⁴¹ Auf diesen endgültigen Bruch mit einer Wirtschaftsepoche, in der Wirtschaftswachstum stets mit Beschäftigungswachstum einherging – wenn nicht sogar unabänderlich untereinander verknüpft schien –, waren die Gewerkschaften nicht vorbereitet. Vielmehr hatten sie begonnen, ihr politisches

139 Siehe Meiners, Kay/Hasel, Margarete: Der Bergmann im Bundestag, in: Mitbestimmung, H. 3/2006, S. 50-53.

140 Vgl. dazu Kotthoff, Hermann: Zum Verhältnis von Betriebsrat und Gewerkschaft. Ergebnisse einer empirischen Untersuchung, in: Bergmann, Joachim (Hg.): Beiträge zur Soziologie der Gewerkschaften, Frankfurt am Main 1979, S. 298-325; siehe Protokoll der Vorstandssitzung der IG Metall am 12.01.1960 (Dok. 32), abgedruckt in: Merkel 1999 (Bearb.), S. 447 f.; o.V.: Aufstand am Band, in: Der Spiegel, 17.07.1972.

141 Vgl. Esser, Josef: Gewerkschaften in der Krise. Die Anpassung der deutschen Gewerkschaften an neue Weltmarktbedingungen, Frankfurt am Main 1982, S. 133 f.; Müller-Jentsch, Walther: Gewerkschaftliche Politik in der Wirtschaftskrise II. 1978/79 bis 1982/83, in: Hemmer/Schmitz (Hg.) 1990, S. 375-412, hier S. 395 f.

Spektrum zu erweitern, widmeten sich schon gar nicht mehr so recht den notwendigsten Angelegenheiten wie der schieren Bewahrung von Arbeitsplätzen.

Seit den späten 1960er Jahren beschäftigten sie sich weniger mit der Sicherung von Arbeitsplätzen in wirtschaftlichen Krisenzeiten als mit der Frage, wie mit problematischen Arbeitsbedingungen („Humanisierung der Arbeitswelt“) und dem Einzug neuer Technologien umzugehen sei – dies geschah allerdings weitgehend ohne Konsultation der Organisationsbasis, die lediglich den Bestand verwaltete, administrierte, eigene Vorstellungen hingegen kaum einbringen konnte. Gewerkschaften adressierten damals den Staat und die Öffentlichkeit, wollten gemeinsam mit der regierenden SPD den Sozialstaat ausbauen.¹⁴²

Im Gegenzug störte sich eine wachsende Zahl von Betriebsräten mit zunehmendem Ausmaß in den 1960er und 1970er Jahren an der Gewerkschaftspräsenz in ihrer jeweiligen Firma. Denn berufsmäßige Gewerkschaftsfunktionäre erachteten sie mittlerweile allzu oft als einen Faktor, der ihre Gestaltungsspielräume verengte und das Verhältnis zum Management störte. Auch glaubten sie, die Gewerkschaften nicht mehr zu benötigen, weil sie eigenständige Erfolge erzielen wollten. Und nicht zuletzt galt ihre Loyalität zuallererst dem Betrieb und nicht der Gewerkschaft, die im Zweifelsfall ihre eigenen Interessen auf Kosten der Belegschaft eines einzelnen Unternehmens verteidigte. Denn eine Gewerkschaft umfasste ja schließlich auch die Belegschaften von unmittelbaren Konkurrenzunternehmen und verkündete eine Solidarität, die im Ernstfall gar nicht vorhanden bzw. abrufbar war. Zumal die Arbeitgeber nicht minder gerne mit Betriebsräten als mit Gewerkschaftern verhandelten. Die rechtlichen Befugnisse des Betriebsrats waren schließlich inzwischen so stark angewachsen, dass die Unternehmer in ihm als gesetzlich legitimierten Vertreter der Belegschaft einen Verhandlungspartner hatten,¹⁴³ der als gewählte Institution im Grunde mit weitaus größerer demokratischer Berechtigung als jede Gewerkschaft die Arbeitsbedingungen aushandeln und ebenso gut für sozialen Frieden sorgen konnte.

Für kurze Zeit konnten die Funktionäre an der Organisationsbasis und die Betriebsräte daher ihre Gestaltungsspielräume gegenüber der Gewerkschaftszentrale vergrößern. Zwischen 1970 und 1975 wurden zahlreiche Tarifverhandlungen dezentral geführt; doch blieb dies eine tarifgeschichtliche Episode. Anschließend kehrte das System wieder überwiegend zum Zentralismus zurück,

142 Vgl. Lompe, Klaus: Politik in der Phase gesellschaftlicher Reformen und der außenpolitischen Neuorientierung der Bundesrepublik 1969 bis 1974, in: Hemmer/Schmitz (Hg.) 1990, S. 281-338, hier S. 303-320 u. S. 330-334.

143 Vgl. Streeck, Wolfgang: Gewerkschaften als Mitgliederverbände. Probleme gewerkschaftlicher Mitgliederrekrutierung, in: Bergmann (Hg.) 1979, S. 72-110, hier S. 81.

gemäß dem IG-Metall-Motto: „Zentral koordinieren – dezentral mobilisieren“.¹⁴⁴ Im Großen und Ganzen blieb es – zumal im subjektiven Empfinden – bei einer Vernachlässigung der Betriebsebene durch das Gewerkschaftshauptquartier.

In den Betrieben wuchs derweil die Unzufriedenheit mit den Gewerkschaften. Am liebsten hätten viele Beschäftigte ihre Sache selbst in die Hand genommen, Gespräche mit den Arbeitgebern geführt, womöglich öfter gestreikt. Auch aus diesen Gründen häuften sich bei Betriebsratswahlen gegen Ende der 1970er Jahre DGB-externe Konkurrenz kandidaturen auf alternativen Listen. Mit beträchtlichem Erfolg traten in manchen Großbetrieben wie z.B. *Opel* oder *Daimler-Benz* unzufriedene Gewerkschaftsfunktionäre mit eigenen Listen gegen ihre Gewerkschaftskollegen an, wodurch sich schon bald die Zahl von unabhängigen Betriebsräten vergrößerte, die keiner Gewerkschaft angehörten oder unabhängig von dieser handelten.¹⁴⁵ In immer mehr Fertigungshallen des industriellen Sektors kam es nun zum Zusammenprall von aufmüpfigen IG Metallern, die sich im Angesicht eines offenbar demokratiefernen Kartells von Vertrauensleuten sahen, und alteingesessenen Funktionären, die über „Spalterlisten“ schimpften und sich dem demokratischen Impuls empört widersetzen. Was sich wie eine Meldung aus der scheinheiligen Sowjetdiktatur anhörte, trug sich in Wirklichkeit tief im Westen der Bundesrepublik zu: Die IG Metall versuchte, den Kandidaten auf Alternativlisten gewerkschaftsschädigendes Verhalten nachzuweisen und ihren schiedsgerichtlichen Ausschluss aus der Organisation zu erwirken. Wie auch immer die Sachlage war: Nach einer gleichberechtigten Willensbildung innerhalb des Verbandes und der Belegschaft klang diese Praktik jedenfalls nicht.

Eigentlich bestand in dieser Situation Handlungsbedarf, denn die Betriebsräte waren aus Sicht der Gewerkschaften äußerst wichtig – manchmal sogar ausschlaggebend: für den Gewinn neuer Mitglieder, für die Reproduktion der Mitgliedschaft und deren Loyalität gegenüber der Organisation. Doch zunächst ließen die Gewerkschaften deren Abkehr einfach geschehen. Durch die in den folgenden Jahren wachsende Distanz zu den Funktionären im Betrieb, die den Berufsalltag ja eigentlich am besten kannten, verloren viele Gewerkschaftszentralen bedenkliche Entwicklungen und Verhältnisse aus dem Blickfeld, hatten schon bald kein Gespür mehr für die Belange ihrer Klientel.

144 Vgl. Beyme, Klaus v.: Gewerkschaftliche Politik in der Wirtschaftskrise I. 1973 bis 1978, in: Hemmer/Schmitz (Hg.) 1990, S. 339-374, hier S. 363 f.

145 Vgl. Müller-Jentsch 1990, S. 397 f.; im Folgenden o.V.: Aufstand am Band, in: Der Spiegel, 17.07.1972.

Kapitulation im korporatistischen Block: Politik, Leistungen und Mitgliedschaft

In den 1970er Jahren ereigneten sich sehr viele Streiks, die das Jahrzehnt zu einem konfliktreichen und aggressiven Kapitel in der Geschichte industrieller Beziehungen machen. Die Belegschaften großer Unternehmen wie *Bosch* oder *Daimler-Benz* gingen in den Ausstand,¹⁴⁶ weil sie sich um die Früchte ihrer Arbeit betrogen fühlten und ganz offenbar die Tarife, die ihre Gewerkschaften ausgehandelt hatten, für unbefriedigend hielten. Diese Konfliktlastigkeit galt allerdings zuvorderst für die frühen 1970er Jahre, in denen noch die Erwartung vorherrschte, nach kurzer Durststrecke wieder an die Wohlstandszuwächse der vorangegangenen Jahre anzuknüpfen, die Wirtschaftswunder-Zeit wiederaufleben zu lassen. Doch 1973 markierte mit dem Öl-Schock und der darauffolgenden Rezession das Ende vom unablässigen Wirtschaftswachstum und von vollbeschäftigungsähnlicher Arbeitsmarktlage.¹⁴⁷ Bis dahin hatten die Westdeutschen kontinuierlichen Aufschwung, Fortschritt und Wohlstand gekannt, hatten sich an der Gewohnheit unentwegter Verbesserungen und ökonomischer Sicherheit erfreut.¹⁴⁸ Nun aber brach eine Arbeitswelt über sie herein, die sich im Verlauf der folgenden drei bis vier Jahrzehnte deutlich von jener Zeit vor 1973 unterschied.¹⁴⁹

Die ökonomische Wachstumsschwäche wie aber auch der umfangreiche Austausch menschlicher Arbeitskraft durch Maschinen und Computer bedeuteten einen tiefen Einschnitt: Unzählige Arbeitsplätze und z.T. ganze Berufe wurden überflüssig und infolgedessen abgebaut. 1973 begann eine neue volkswirtschaftliche Phase, in der die Arbeitnehmer nicht mehr vorwiegend um höhere Löhne und geringere Arbeitszeiten, sondern den bloßen Erhalt ihres Arbeitsplat-

146 Vgl. Lompe 1990, S. 326-329.

147 Vgl. Schneider 1989, S. 354 f.; Görtemaker, Manfred: Kleine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, München 2002, S. 308 f.

148 Vgl. Pierenkemper, Toni: Kurze Geschichte der „Vollbeschäftigung“ in Deutschland nach 1945, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, H. 14-15/2012, S. 38-45, hier S. 41 f.; Wehler, Hans-Ulrich: *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*. Fünfter Band. Bundesrepublik Deutschland und DDR 1949-1990, München 2008, S. 154-157.

149 Vgl. Doering-Manteuffel, Anselm/Raphael, Lutz: *Der Epochenbruch in den 1970er Jahren: Thesen zur Phänomenologie und den Wirkungen des Strukturwandels „nach dem Boom“*, in: Andresen, Knut/Bitzegeio, Ursula/Mittag, Jürgen (Hg.): *„Nach dem Strukturbruch“? Kontinuität und Wandel von Arbeitsbeziehungen und Arbeitswelt(en) seit den 1970er Jahren*, Bonn 2011, S. 25-40.

zes, ihre finanzielle Existenzgrundlage, kämpften. Denn welcher Facharbeiter hatte sich nicht am neuen Wohlstandskonsum beteiligt, sich nicht im Vergleich zum Elternhaus einen höheren Lebensstandard in Form eines Eigenheims und Privat-Pkws zugelegt? Neue oder bessere Konsumartikel verschlangen inzwischen viel Geld: Die Ansprüche an Qualität und Design des Mobiliars waren gestiegen; Waschmaschinen waren selbstverständlich geworden, Geschirrspülautomaten traten ihren Siegeszug an; und auf der Mattscheibe flimmerten die TV-Sendungen nicht mehr schwarz-weiß, sondern in Farbe.¹⁵⁰ Und auch die zumeist kreditfinanzierten Einfamilienhäuser, Einbauküchen und VW-Golfs wollten noch viele Jahre abbezahlt werden – Zeiträume, für die stabile, eigentlich sogar wachsende Gehälter fest eingeplant gewesen waren.

Erstaunlicherweise kam diese Krise, die für viele Arbeitnehmer ein Schicksalsschlag war, den Gewerkschaften womöglich gar nicht ungelegen. In den Monaten vor 1973 hatte sich ja – in einer wirtschaftlich deutlich gelasseneren Situation – mit „wilden“ Streiks und Alternativlisten das Potenzial an Unzufriedenheit mit der gewerkschaftlichen Interessenvertretung, das in ihrer Klientel vorherrschte, bereits angedeutet. Nun aber war nicht mehr die möglichst ausgiebige Anteilnahme an Produktionsgewinnen das Ziel, sondern die blanke Existenzsicherung. Denn eine Welle von Massenentlassungen setzte ein:¹⁵¹ In der Fahrzeugindustrie entließen die *VW-Werke* zwischen 1975 und 1980 mit rund 40.000 Beschäftigten ein ganzes Viertel ihrer gesamten Belegschaft; der Konzern verlagerte seine Produktion zu mehr als einem Drittel ins Ausland; die gesamte Automobilindustrie baute zwischen 1973 und 1975 fast 60.000 Arbeitsplätze ab – rund zwölf Prozent der Gesamtbeschäftigung in diesem bedeutsamen Produktionssektor; diese Massenentlassungen kaschierten die Unternehmen z.T. durch Aufhebungsverträge und Frühverrentungen; nachdem die Elektroindustrie ihren Anteil an der westdeutschen Gesamtbeschäftigung noch zwischen 1950 und 1970 vervierfacht hatte, reduzierte sie zwischen 1970 und 1980 diesen wieder um ein ganzes Viertel (ca. 40.000 Arbeitsplätze); auch mit der westdeutschen Uhrenindustrie ging es bergab, zwischen 1970 und 1977 verloren dort 45 Prozent der Beschäftigten in den großen Standorten – Villingen-Schwenningen, Rottweil-Schramberg oder Pforzheim – ihre Jobs (darunter mehrheitlich Ausländer und Frauen).

Durch die missliche Wirtschaftslage befanden sich die Unternehmer im Vorteil, besaßen die größere Marktmacht: Nach 1973 verzeichnete die Streikstatistik daher nicht zufällig einen Rückgang der Streiklaune; denn nun stand unverkenn-

150 Vgl. Schildt 2007, S. 61 f.

151 Vgl. dazu Esser 1982, S. 128-159.

bar die Sicherung von Arbeitsplätzen im Vordergrund.¹⁵² Die Arbeitnehmer zeigten unterdessen große Anpassungsbereitschaft, machten alles mit, was scheinbar ihren Arbeitsplatz retten konnte und den Lebensstand einigermaßen sichern half – kaum jemand wollte seine Chance auf einen beständigen Arbeitsplatz zugunsten gewerkschaftlicher Solidarität aufs Spiel setzen. Erst gegen Ende des Jahrzehnts und nach den Entlassungsschüben lebten wieder heftige Streiks auf, so in der Stahlindustrie im Winter 1978/79, als die IG Metall die wöchentliche Arbeitszeit auf 35 Stunden senken und die Löhne um fünf Prozent erhöhen wollte.¹⁵³ Es kam zu Aussperrungen, radikalen Worten, Unzufriedenheit – für den Kompromiss der Tarifpartner votierten in der Urabstimmung nur 54,5 Prozent der teilnehmenden IG Metalller. Die Gemütslage war gereizt.

Erstaunlich ist dabei die Reaktion der Gewerkschaften. Ihr damaliger Umgang mit der Krise bestimmte über Jahre, wenn nicht noch Jahrzehnte hinaus ihr Verhältnis zu Arbeitsmarktgruppen, die zwar beständig wuchsen, an die sie aber nicht herankamen. Das hatte vor allem eine, selbstverschuldete, Ursache: die vehemente Verteidigung ganz bestimmter Arbeitsmarktgruppen zulasten anderer. Denn in der Wirtschaftskrise opferten die Gewerkschaftsstrategen in ihrer Tarifpolitik vorzugsweise solche Gruppen, die ihnen ohnehin fernstanden und die für die Aufrechterhaltung der finanziellen und politischen Organisationskraft scheinbar auch in der Zukunft entbehrlich waren. Die meisten Gewerkschaften – insbesondere die IG Metall – beschlossen, ihre Kernklientel zu schützen und sie die Krise schnell und so weit wie möglich unbeschadet überstehen zu lassen; hierzu wälzten sie die Kosten dieser Strategie ganz einfach auf machtlose Randgruppen ab: Ältere, Ausländer und Frauen.¹⁵⁴ Denn z.B. Gastarbeiter machten nur um die zehn Prozent der IG-Metall-Mitgliedschaft aus.

Die vergleichsweise geringen Mitglieder-Anteile machten diese Gruppen politisch verwundbar und erleichterten einigen Gewerkschaften offenbar die Entscheidung, zugunsten ihrer Stellung in Aufsichtsräten und an Verhandlungstischen auf die solidarische Mobilisierung betroffener Belegschaften zu verzichten, obwohl sie über die Aufsichtsräte von den Entlassungsplänen frühzeitig informiert gewesen waren. Der IG-Metall-Vorstand widersetzte sich bspw. nicht dem Sachzwang-Argument der Konzernführungen, die Krise ausschließlich mit

152 Vgl. Esser 1982, S. 223; v. Beyme 1990, S. 364 f.

153 Vgl. dazu Jäger, Wolfgang/Link, Werner: Republik im Wandel. 1974-1982. Die Ära Schmidt, Stuttgart/Mannheim 1987, S. 177-180.

154 Vgl. hierzu insgesamt Esser 1982; auch Helmer, Wolfgang: „Mer lasse uns net verschaukle“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 07.04.1975; o.V.: Dicke Luft, in: Der Spiegel, 28.04.1975; o.V.: Je weniger, desto besser, in: Der Spiegel, 08.12.1975.

massiven Entlassungen durchstehen zu können. Vielmehr verlautbarten ranghohe Gewerkschafter, dass man bei „allem, was wir aus Solidarität unseren ausländischen Kollegen gegenüber an Verpflichtungen haben“, doch „die Interessen der deutschen Kollegen vorrangig sehen“.¹⁵⁵ Der Ausweg, tarif- und arbeitspolitisch schwache Gruppen als erste zu entlassen, war auch für einen Großteil der industriellen Gewerkschaftsmitglieder nicht der schlechteste. Denn die Solidarität zwischen heimischen und zugereisten Arbeitern war schwach. Manche der deutschen Arbeitnehmer sahen es eben als die einleuchtende und gebotene Logik an, Gastarbeiter im Krisenfall wieder in deren Herkunftsland zurückzuschicken; für andere dürfte es schlichtweg die angenehmere Alternative zur eigenen Kündigung gewesen sein.

Trotz des harten Kurses gegenüber Arbeitsmarktminderheiten verloren zehntausende Stahlarbeiter, Metalller und Werftarbeiter in den 1970er Jahren ihre Jobs, waren mit einem Mal die Überflüssigen und Entbehrlichen des Postindustrialismus. Diskriminierender Druck auf ausländische Arbeitnehmer, denen mancherorts unterschwellig mit Ausweisung gedroht wurde, das sozialpolitische Instrument der Frührente sowie das überwiegende Stillhalten der Gewerkschaften gegenüber den Arbeitgebern begünstigten diesen bis dahin in der Bundesrepublik beispiellosen Beschäftigungsabbau. Die Gewerkschaftsvorstände akzeptierten in der Regel die Rationalisierungen als vollumfänglich geeignete Maßnahmen zur Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit westdeutscher Firmen auf einem zunehmend weltumspannenden Absatzmarkt. Die Gewerkschafter vor Ort hatten unterdessen weder Argumentationen noch Reaktionsstrategien parat, um gegen die Entscheidungen der Arbeitgeber wortmächtig und faktenreich protestieren zu können. Ihnen dürfte es ungemein schwer gefallen sein, in dieser Situation den angefochtenen Sinn einer Gewerkschaftsmitgliedschaft plausibel klarzumachen. Außerdem verfielen einzelne Standorte desselben Unternehmens statt in Solidarität in Konkurrenz um die verknüpften Jobs – so etwa innerhalb des VW-Konzerns, in dem sich geografisch getrennte Werke wohl unter größter nervlicher Anspannung die Schließung eines jeweils anderen zugunsten der eigenen Existenzbewahrung wünschten.¹⁵⁶

Die Menschen waren ob der plötzlichen Absatzkrise zutiefst verunsichert – und in diesem Zustand zu allerlei Einbußen bereit. Die große Folgebereitschaft

155 Der IG-Bau-Steine-Erden-Vorsitzende Rudolf Sperner zitiert nach o.V.: Arbeitslose: So knüppeldick war's noch nie, in: Der Spiegel, 17.12.1973.

156 Siehe z.B. Michaels, Heinz: Stadt auf dem Pulverfaß, in: Die Zeit, 24.01.1975; o.V.: Neckarsulm und Hannover neue Schwerpunkte?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14.04.1975.

der irritierten Gewerkschaftsmitglieder, die sich daraus ergab, ermöglichte einen weitgehend konfliktfreien, widerstandslosen, sogar z.T. von Seiten der Gewerkschaften einvernehmlich mit den Managern für unumgänglich erachteten Beschäftigungsabbau. Kampfmaßnahmen gingen allenfalls von vorneherein lediglich um das Wie, nicht hingegen um das Ob (z.B. um das Tempo einer Entlassungswelle, nicht aber um deren Eintreten). Nur dort, wo die Unternehmen längere Zeit zu keiner Entscheidung gelangten und das Schicksal des jeweiligen Produktionsstandorts in einem Schwebezustand hielten und die betroffenen Arbeitnehmer sowie deren Familien im Unklaren ließen – so z.B. im Neckarsulmer Audi-Werk¹⁵⁷ –, entlud sich der Unmut in kämpferischen Aktionen wie dem „Marsch nach Heilbronn“, einer großen Protestaktion der bedrohten Belegschaft.

Jedenfalls: Mit dieser arbeitspolitischen Praxis, so Josef Esser, hätten sich die Gewerkschaften damals mit Staat und Kapital in einen „korporatistischen Block“ gefügt. Damit auch, so Esser weiter, hätten sie vor den vermeintlichen Machtverhältnissen des Arbeitsmarkts kapituliert, der aufgrund zwei Millionen Arbeitsloser die Arbeitgeberseite begünstigte, und freiwillig auf selbstbewusste Forderungen und kampfeslustige Gegenmaßnahmen verzichtet.¹⁵⁸ Gegen Ende der 1970er Jahre erfolgten nur noch Tarifabschlüsse, die im Vergleich zur Vergangenheit schwach ausfielen, gerade so noch die Kaufkraft des Geldes erhielten – ohne dass sich die Gewerkschaften unter Rückgriff auf ihre nominal noch immer imposante Mitgliedschaft auf Kraftproben in Form von großflächigen Streiks eingelassen hätten. Diese Zeit markierte das Ende der expansiven Lohnpolitik, der ständigen Forderungen nach mehr Lohn und Gehalt bei sinkender Arbeitszeit. Statt wie von vielen Funktionären und Mitgliedern erhofft, kündigten die Gewerkschaften nicht den Konsens mit Staat und Arbeitgebern auf, sondern verschieben sich ihm sogar stärker als je zuvor. In dieser Zeit war daher auch der Widerspruch von kämpferischen Worten, die mancherorts als „Verbalradikalismus“ bezeichnet wurden, und der faktisch widerstandslosen Akzeptanz massiven Stellenabbaus besonders groß.¹⁵⁹

Für die Gewerkschaften erwies sich diese Entscheidung letztlich als eine zwiespältige Angelegenheit. Einerseits sicherte sie ihnen einen Kernbestand an industriellen Facharbeitern, der durch ihre Ausgrenzungsstrategie die Krise vergleichsweise wohlbehalten überstand. Das waren im Durchschnitt männliche Arbeiter deutscher Nationalität, die älter als vierzig Jahre und bereits seit etli-

157 Siehe z.B. Helmer, Wolfgang: Sie kaufen nur das Notwendigste und sparen viel, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18.03.1975.

158 Vgl. Esser 1982, S. 117-128.

159 Vgl. ebd., S. 162 (Zitat i.O. herv.).

chen Jahren im jeweiligen Betrieb beschäftigt sowie in einer bereits höheren Lohngruppe eingestuft waren.¹⁶⁰ Andererseits verengten sich betreffende Gewerkschaften auf eben diese Gruppe, die auch in den folgenden dreißig Jahren eine ihrer bedeutendsten Mitgliederfraktionen darstellte. In den 1970er Jahren zeigten die deutschen Gewerkschaften somit, dass sie weder in der Lage noch gewillt waren, die Interessen anderer Arbeitnehmertypen ähnlich stark zu vertreten wie die ihrer historisch angestammten Klientel.

Statistisch gelang es ihnen zwar, durch die weitere Ausschöpfung des Arbeiterpotenzials den Abstand zum Arbeitsmarkt zu verringern. Nichtsdestotrotz hatte sich die Zahl der Angestellten von 1,1 Mio. im Jahr 1971 auf 1,6 Mio. 1979 um eine halbe Million Menschen erhöht; und der Arbeiteranteil an der Gesamtbeschäftigung sank von 76 Prozent im Jahr 1970 (5,1 von 6,7 Mio.) über 72 Prozent im Jahr 1975 (5,3 von 7,4 Mio.) auf 69 Prozent im Jahr 1979 (5,4 von 7,8 Mio.).¹⁶¹ Doch hatte das letztlich auch mit dem Umstand zu tun, dass zahlreiche Arbeiter durch neue Tätigkeiten in den Angestelltenstatus aufrückten. Durch den Zugewinn von Angestellten stieg auch der Frauenanteil von 15,3 Prozent 1970 auf 20,3 Prozent 1980 – wenngleich dies innergewerkschaftlich kaum etwas an dem, gemessen an ihrer Bedeutung auf dem Arbeitsmarkt, geringfügigen Status der Frauen änderte.

Kurzum: Die 1970er Jahre lieferten einen Vorgeschmack auf die darauffolgenden Jahrzehnte, in denen sich die Beziehung zwischen Arbeitnehmern und Gewerkschaften lockerte, die milieuvermittelte Loyalität einer interessengeleiteten Bindung wich, sich die Distanz zwischen dem Arbeitsmarkt und den Arbeitnehmerverbänden vergrößerte, die gewerkschaftliche Politik- und Institutionsmacht schrumpfte, sich also gleich auf mehreren Feldern – politische Macht, Finanzen und Mitglieder – eine multiple Krise zuspitzte, die einen mannigfachen Wandel der traditionsreichen Organisationen der Arbeiterbewegung nötig machte. Was aber taten die Gewerkschaften? Wie reagierten sie als industrie- und männerlastige Organisationen auf die postindustriellen Herausforderungen eines heraufziehenden Dienstleistungs- und Wissenszeitalters?

160 Vgl. Dombois nach ebd., S. 130.

161 Hemmer/Schmitz (Hg.) 1990, Tabelle 1/S. 463.